VORWÄRTS

zur festen Kaufkraft des Geldes und zur zinsbefreiten Wirtschaft!

Von **Fr. Schwarz,** Geschäftsführer
des Schweizer Freiwirtschaftsbundes

Mit einer Einführung von
Dr. Fr. Kordac, Erzbischof v. Prag

II. Auflage, 3.—5. Tausend

Inhalt:

Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern
Auslieferung: Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern

Eigentum: Meyer-[illegible]
Kiel

Gsl. Nr. 679

Übernommen in Wörgl von Alfred Kiefuk.

VORWÄRTS

zur festen Kaufkraft des Geldes und zur zinsbefreiten Wirtschaft!

Von **Fr. Schwarz,** Geschäftsführer des Schweizer Freiwirtschaftsbundes

Mit einer Einführung von
Dr. Fr. Kordac, Erzbischof v. Prag

II. Auflage, 3.—5. Tausend

Inhalt:

Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern
Auslieferung: Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern

Einführung.

In der zweiten der nachfolgenden Schriften wird gezeigt, daß schon im früheren Mittelalter durch eine ihrem Zwecke genau entsprechende Organisation des Geldwesens die zinslose Wirtschaft im Kommen begriffen war. In der preisgekrönten Schrift selbst ist der Weg gezeigt, wie man heute ohne Revolution, nur durch die sinngemäß geleitete Kraft aller Wohlgesinnten, wieder zu einer besseren Wirtschaftsordnung kommen könnte.

Schon vor vierzig Jahren erscholl ein Warnungsruf des Hirten «aller Völker», des heiligen Vaters Leo XIII., in seiner Enzyklika vom 15. Mai 1891 «Rerum novarum», der verkündete, daß eine richtige Lösung der schwebenden sozialen Arbeiterfrage dringend sei, wenn eine vernachlässigte Evolution derselben nicht eine Weltrevolution zur Folge haben soll.

Eine gefährliche, äußere Erscheinung dieser Entwicklung ist die Scheidung der menschlichen Gesellschaft in zwei Lager, eine verhältnismäßig kleine Zahl von sehr reichen und eine Millionenmasse von sehr armen, genannt Proletarier. Jene leben im zur Schau getragenen Luxus, vertrauend auf die Macht ihres Reichtums, diese stöhnen in hoffnungsloser Armut, rasselnd in rachsüchtigem Hasse mit den Fesseln ihrer Sklaverei, Armut und Hunger, wie schon der Psalmist (Ps. 10) sagt: «Si superbit dives, inceditur pauper, wenn der Reiche stolz wird, entbrennt vor Zorn der Arme».

Die gesellschaftlichen Grundlagen waren schon damals erschüttert und die neue Generation in Lügen und in Vorurteilen gegen die Wahrheit, besonders die geoffenbarte, erzogen.

Die materialistischen Grundsätze erzeugten in ihrer Anwendung auf das Staatsrecht Anarchie oder Parteidespotie oder abwechselnd das eine oder das andere: angewendet auf das Völkerrecht: die Politik des reinen Egoismus, des Treubruchs und des Verrats, auf dem sozialen Gebiete: Krieg aller gegen alle, die Herrschaft des genießenden Kapitals, die Sklaverei und die Verzweiflung der Armut.

Unter den wirtschaftlichen Gründen des sozialen Weltübels nennt die Enzyklika an erster Stelle den Wucher, den sie bezeichnend «usura vorax», «den gefräßigen Wucher», nennt, da er ungebändigt das ganze wirtschaftliche Leben auffrißt.

Wucher — in seiner eigentlichen Bedeutung — ist Gewinn (lucrum) aus dem Darlehen einer unfruchtbaren Sache (Geld). In diesem Sinne des «arbeitslosen Einkommens» war er im Mittelalter von der Kirche verboten. Aber auch schon im Alten und Neuen Testament (Bücher Moses, Luk. 6, 34) und sehr streng von den heiligen Vätern Chrysostomus, Lactantius, Ambrosius, Augustinus, Gregor von Nyssa und anderen.

In Anbetracht dessen, daß die Proletarisierung der Arbeiter fortschreitet, sowie des selbst von der Enzyklika vertretenen Grundsatzes, daß «aller Reichtum der Völker aus deren Arbeit fließt», erklären viele Soziologen, daß der Zins in seinem Wesen «arbeitsloses Einkommen» ist und als solches die Arbeit anderer sich aneignet und deren Armut verschuldet, weil die Arbeiter für die ungeheure Schuldenlast der Zinszahlung aufkommen müssen und erst dann den verringerten Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit als Lohn empfangen. Die Hunderttausende und Millionen-Anteile der hohen Banken und der Aktionäre seien «nicht Eigentum, sondern — Diebstahl», daher müsse das gegenwärtige Geldwirtschaftssystem mit den Zinsnehmern abgeschafft werden. Der amerikanische Präsident Lincoln, ein Kenner des Bankwesens, sagte in einer öffentlichen Versammlung, daß einige wenige Geldmänner der Hoch-

finanz eine solche Geldmacht in sich konzentrieren, daß sie die Kontrolle des Gesamtumlaufes des Gelddes, den Gesamtkredit und hiemit das gesamte wirtschaftliche Leben der Völker in ihren Händen konzentrieren und diese zu Sklavendiensten in moderner Form zwingen. Hier muß die prüfende Sonde schleunigst angesetzt werden.

Die Parlamente bilden vielfach nur demokratische Fassaden zur Deckung der absoluten Herrschaft der Hochfinanzmänner.

Die Kapitalpresse schließt dem vertrauensseligen und vielfach uninformierten Volke beide Augen, damit es die gefälschte öffentliche Meinung blindlings glaubt. — Selbst die Parlamentarier verführt das Geld, nicht dem Volke, sondern dem Mammon zu dienen auf Kosten des Volkes.

Die Entwicklung, eigentlich die Zersetzung der Gesellschaft, welche ihrer ewigen Grundlagen des Rechts und der Sittenordnung immer mehr beraubt wird, schreitet mit Riesenschritten fort. Wenn die gegenwärtigen Generationen schon verloren sein sollten, dann mögen unsere Patrioten und Staatsmänner wenigstens unsere Nachkommen retten durch Festigung der erschütterten Religionsgrundlagen der Schule.

Fr. Kordac
Erzbischof von Prag.

Vorwort.

Der amerikanische Volkswirtschafter, der den bekanntesten Großhandelsindex der Vereinigten Staaten herausgibt, Prof. Irving Fisher, Yale-Universität, New-Haven, veröffentlichte 1928 ein Buch über «Die Illusion des Geldes». Mit diesem Werke verband die «Economic Guild» der U. S. A. ein Preisausschreiben für die beste und förderlichste Kritik des heutigen Geldwesens. Ueber 1000 Arbeiten gingen ein, und deren Prüfung zog sich über mehr als ein Jahr hin. Von den eingereichten Kritiken aus Europa ist außer der vorliegenden noch die von Prof. Ohlsen (Universität Kopenhagen) mit einem Preise ausgezeichnet worden. Als Preisrichter amteten Frank A. Vanderlip, Gerard Swope, Direktor der General Electric Company, H. S. Dennyson, Direktor der Dennyson Manufacturing Company, John E. Rovensky, Direktor der Bank of America und O. M. W. Sprague, der Professor der Bankwissenschaft an der Havard Universität, der im Frühjahr 1930 als Direktor an die Bank von England berufen worden ist.

Der Verfasser der nachfolgenden Arbeit konnte sich seine Aufgabe leicht machen: er berichtete einfach, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die einzig vernünftige Geldreform, die Vorschläge von Silvio Gesell, zu kämpfen haben. Auf Seite 17 ist die Hauptschwierigkeit einer Verbesserung unseres verfahrenen Geldwesens kurz angedeutet, wo Gesell sagt, daß die Goldwährung selbsttätig ihren Verfechtern die Mittel zu ihrer Verteidigung liefert.

Daß ich bei meiner Arbeit auf Vorschlägen fußen und Prophezeiungen anführen konnte, die schon vor den Anfang unseres Jahrhunderts zurückgehen, war

nicht mein Verdienst. Die nachfolgende Kritik des heutigen Geldwesens und seiner Verwalter ist eine einfache, geschichtliche Darstellung dessen, was vorhergesagt und verlangt, aber abgelehnt und lächerlich gemacht — und doch immer wieder durch die Tatsachen als richtig bestätigt wurde.

Man nenne heute einen Volkswirtschafter, dessen Voraussagen und dessen Lehren sich in den vergangenen 40 Jahren derart bewährt haben wie die von Silvio Gesell!

Die nachstehende Kritik ist daher auch nicht niederreißend, sondern nur aufbauend. Es wird eigentlich nichts angegriffen, sondern es werden nur Verbesserungsvorschläge vertreten.

Daß aber die Vertreter der alten Geldverfassung, die uns so namenloses Elend gebracht hat — Arbeitslosigkeit, Klassenkampf, Bürger- und Völkerkrieg, Zerstörung des Vertrauens, um nur Weniges zu nennen — durch unsere Verbesserungsvorschläge sich zum erbittertsten Widerstand veranlaßt sehen, zeigt uns, daß wir mit unserer positiven Art auf dem rechten Wege sind.

Auch die Erfahrungen der weiter zurückliegenden Vergangenheit zeugen für uns. Darüber gibt die zweite der nachfolgenden Arbeiten Aufschluß. Wir haben da ein Beispiel in der Geschichte Europas, das für die heutige Zeit wegweisend werden muß. «Das Wunder von Schwanenkirchen» endlich zeigt, welche Kräfte im Geld liegen und was heute schon auf dem Gebiet der Selbsthilfe im Geldwesen möglich ist.

Die Vertreter der Goldwährung oder auch der schlecht verwalteten Papierwährung wehren sich immer verbissener gegen die Währungsreform und die Geldreform, d. h. gegen die Indexwährung und das sie ermöglichende neue Geld, das Freigeld oder die Wära, auch als Schwundgeld bezeichnet. Aber je gewissenloser die Mittel zur Bekämpfung dieser neuzeitlichen und doch eigentlich uralten Forderung von den Vertretern der Goldwährung auch gewählt wer-

den, desto mehr werden ruhig überlegende Menschen auf die Forderungen aufmerksam, die von der Spekulation und dem Schmarotzertum so eifrig lächerlich gemacht und bekämpft werden. Und siehe da: sie entdecken hier bei sachlicher Prüfung einen sicheren Weg aus der Bedrückung der Zinswirtschaft und aus der Enge des Staatssozialismus hinaus in die ausbeutungslose Freiwirtschaft, wie er allen großen, freien Menschen von jeher vorschwebte.

Daher verfangen die zum Teil rohen, zum Teil groben Mittel der Goldwährungsvertreter immer weniger; weder Totschweigen noch Totschreiben hilft ihnen mehr. Siegreich geht der Gedanke der festen Währung und des Umlaufszwanges und die Idee von der ausbeutungslosen, zinsfreien Wirtschaft durchs Land, die Köpfe wie die Herzen erobernd.

Bern, Pfingsten 1931. Fritz Schwarz.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Am 6. März 1932 sprach der Vizepräsident der englischen Labour-Fraktion öffentlich für Gesells Freigeld. Am 10. März wurde durch Nationalrat Dr. Hans Müller im Nationalrat die periodische Abstempelung der Noten als notwendig für eine ungestörte Geldzirkulation erwähnt, und am 12. wurde in der Aktionärversammlung der Schweizerischen Nationalbank die gleiche Forderung erhoben, während zur gleichen Stunde die Bauern im bernischen Oberland eine Resolution mit der Forderung der festen Währung an den Bundesrat sandten und die freisinnige Partei des Kantons Bern eine Anregung entgegennahm, die Währungsfrage, «diese geheimnisvolle Krisenursache», zu studieren. Es tagt, es tagt!

Ostern 1932. Fritz Schwarz.

Der Kampf für die feste Kaufkraft des Geldes.

Die Gesell'sche Geld- und Zinstheorie und ihre Entstehung.

Im Jahre 1886 reiste ein junger Kaufmann, Silvio Gesell, nach Argentinien, um dort als selbständiger Kaufmann das Glück zu suchen. Fünf Jahre später faßte er das Ergebnis seiner Beobachtungen im südamerikanischen Wirtschaftsleben in Schriften über das Geldwesen zusammen, die folgenden Gedankengang aufwiesen.

Wird der Geldumlauf eines Landes rascher vergrößert als die Warenmenge, so wird der Durchschnittspreisstand (Index) gehoben. Solange diese Steigerung erwartet wird, kaufen die Leute im allgemeinen rascher. Eine gute Geschäftslage (Konjunktur) ist die Folge. Hingegen werden durch das Steigen des Durchschnittspreisstandes die Geldforderungen entwertet, die Schuldner entlastet.

Wird der Geldumlauf eines Landes rascher verkleinert als die Warenmenge, oder bleibt er hinter dieser zurück, so wird der Durchschnittspreisstand gesenkt. Solange eine solche Senkung erwartet wird, kaufen die Leute im allgemeinen nur zögernd. Die Folge ist eine flaue Geschäftslage (Baisse), bei längerer Auswirkung eine allgemeine Wirtschaftskrise. Durch das Sinken des Preisstandes werden die Geldforderungen kaufkräftiger, die Gläubiger begünstigt, die Schuldner stärker belastet.

Die den Preisstand hebende verhältnismäßige Geldvermehrung (Inflation) wie auch die den Preisstand senkende, verhältnismäßige Geldverknappung (Deflation) schädigen immer bestimmte Teile des Volkes. Sie müssen vermieden werden durch «die

Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs». [1]

Eine der wachsenden Warenmenge angepaßte Geldvermehrung führt jedoch bei dem bekannten Gewinnstreben der Menschen zu ständig zunehmenden Ersparnissen, die zinstragend angelegt werden (Kapital). Wachsendes Angebot an Kapitalien aber führt zur Senkung des Zinsfußes. Eine Senkung des Zinsfußes jedoch führt zum Versagen des Geldes als Umlaufsmittel. Geld aber, das nicht umläuft, fehlt als Nachfrage auf dem Warenmarkt. Fehlende Nachfrage seitens des Geldes würde die Notenbank zwingen, mehr Geld in den Verkehr zu geben, wenn sie den Preisstand nicht sinken lassen wollte. Aber auch dieses neue Geld wird ungestraft verschatzt (thesauriert) werden, sobald es nicht steigende Preise oder ein Zins von drei oder mehr Prozent wieder in den Verkehr locken. Zudem aber birgt diese Geldmenge-Vermehrung große Gefahren: Gerüchte von Warenverknappungen können das Geld in Massen auf den Markt rufen und die Notenbank wäre nicht mehr imstande, die Preissteigerung durch raschen Geldrückzug zu verhindern.

Bei fester Währung mit tiefem Zinsfuß fehlt eben dem Gelde der Antrieb zum Umlaufen. Das rührt daher, daß das Geld leichter aufzubewahren ist als es durchschnittlich die Waren sind. Entscheidet sich der Mensch dann zwischen Waren und Geld als Sparmittel, so wird er unweigerlich auf das Geld greifen und dieses horten. Damit hält er aber die Nachfrage (die umlaufendem Gelde gleichzusetzen ist) zurück und bringt den Anbietenden in Verlegenheit. Das Geld als Gesamtes, als System, ist der Welt der Waren überlegen, [2] und diese Ueberlegenheit nützt es aus, um sich den Zins zahlen zu lassen. Beginnt der Zins infolge großen Kapitalangebots zu sinken, so streikt das Geld und legt die Wirt-

---

[1] Dies ist der Titel der vierten jener kleinen Schriften, die Silvio Gesell von 1891 bis 1897 herausgab, um für den Gedanken der festen Kaufkraft des Geldes zu werben.

[2] «Geld regiert die Welt.»

schaft in einer Krise für einige Zeit lahm. Damit wird der Kapitalmangel wieder verschärft und der Zins kann steigen, wodurch das Geld wieder in den Verkehr gesogen wird. So geht die Wirtschaft von der guten Geschäftslage unweigerlich zur Krise hinüber, und auf diese folgt wieder ein langsames Ansteigen, bis der Abbruch neuerdings einsetzt.

Um die Wirtschaft in Vollbetrieb zu erhalten und die Krisen endgültig zu beseitigen, braucht es daher ein Geld mit einem inneren Antrieb zum Umlauf (Impulstheorie des Geldes!). [3]) Die Gleichsetzung von Geld und Ware muß erfolgen, sonst streikt das Geld immer wieder. Daher schlug Gesell ein Geld mit Umlaufszwang vor, später (durch Gustav Simons) Freigeld genannt. Durch einen Stempelzwang und den jährlichen Umtausch wird das bare Geld (nur dieses, nicht etwa eine Geldforderung!) um jährlich ungefähr 5 Prozent geschädigt. Dadurch setzte man es «auf die Rangstufe der Waren herab», (Gesell), denen es jetzt nicht mehr überlegen wäre. So hätte der Geldbesitzer auch bei null Prozent Zins keinen Anlaß mehr, es zurückzubehalten, und die Wirtschaft bliebe so lange im Vollbetrieb, bis eine wirkliche, wahre Ueberproduktion hervorgerufen würde, die den Zins unter Null drücken und dann eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit ermöglichen und hervorrufen müßte. [4])

Die Anwendung Gesell'scher Lehren in Argentinien.

Gesell hatte in den Achtziger- und Neunzigerjahren mehrmals sehen müssen, wie die Regierungen in Argentinien das Wirtschaftsleben durch Inflationnen oder Deflationen schädigten. Im Jahre 1898 versuchte man eine starke Deflation durchzuführen. Ge-

---

[3]) Sickinger: Das Gesetz der Preisbildung. Bern 1926.

[4]) Daß das Verschwinden des Geld- und Sachgüterzinses die Anlage der Kapitalien in Grund und Boden hervorruft, und daß daher auch eine Grundeigentumsreform platzgreifen muß, sei hier der Vollständigkeit halber angedeutet. Vergl. dazu besonders: Dr. Th. Christen: Freilandfibel!

sell trat mit seiner Schrift «La cuestion monetaria argentina» dagegen auf.[5]) Er schreibt darüber (im «Reichswährungsamt», S. 53):

«Den unmittelbaren Anstoß zu der Schrift gab die Sorge um meine eigenen Unternehmungen. Ich betrieb neben einem Einfuhrgeschäft noch eine Fabrik für Pappschachteln, mit denen ich die argentinischen Fabriken versorgte. Ich wußte, daß, wenn die eingeschlagene Währungspolitik längere Zeit andauerte, die argentinische Industrie und damit auch meine Schachtelfabrik zur Untätigkeit verurteilt sein würde. Ich wollte wissen, wie tief der Goldwahn in den Köpfen der argentinischen Parlamentarier und Kaufleute sitze; ob die Hoffnung begründet sei, daß man bald, durch Schaden klug gemacht, die Währungsgesetze widerrufen würde. Das war 1898.

«Ich schickte meine Schrift an alle Senatoren und Abgeordneten, an die Presse, an alle, die sich zur Währungsfrage öffentlich geäußert hatten, an alle Banken, an viele Kaufleute und Unternehmer. Der Erfolg war kläglich. So wartete ich nicht lange, sondern veräußerte die Fabrik mit erträglichem Schaden. Später erfuhr ich, daß meine Maschinen, wegen der nun ausbrechenden Krise, niemals von den Erwerbern aufgestellt worden sind. Ein Jahr später stand die gesamte Industrie einfach still. 40 000 Arbeitslose machten eine Kundgebung vor dem Regierungsgebäude, verlangten eine geordnete Verwaltung und eine schärfere Anwendung der auf Preisabbau gerichteten Gesetze!!!

«Nun kehrte ich (1900) nach Deutschland zurück. Mittlerweile waren doch viele durch die Tatsachen darüber belehrt worden, daß die auf Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wohl die wahre Ursache der Krise seien, und nicht die gespannten Beziehungen zu Chile, die man bis dahin als Grund der Erscheinung ansah. Die auf den Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wurden also widerrufen und neue Gesetze erlassen, die sich mit den Vorschlägen deck-

[5]) Deutsch in seiner Schrift «Das Reichswährungsamt» erschienen. Berlin und Bern 1920.

ten, die ich in der Schrift «La cuestion monetaria argentina» gemacht hatte. Bis zu dieser Währungsreform lagen ⅔ der gesamten Notenausgabe (200 von 300 Millionen Pesos) brach in den Banken! Niemand im Handel, in der Industrie oder Landwirtschaft hatte Verwendung für dieses Geld, nicht einmal zinslos hätte man das Geld nützlich anlegen können. Für hinterlegte Gelder zahlten die Banken keinen Zins! Als die Abbaupolitik preisgegeben wurde, kehrten die Gelder schnell in den Verkehr zurück. Der große Aufschwung Argentiniens setzte mit der Währungsreform ein, und ich hatte die Genugtuung, daß die Dinge so verliefen, wie ich sie in meiner Schrift voraussagte, daß sogar meine Berechnungen der Einkünfte, die die Konversionskasse von diesem Aufschwung erwarten durfte (S. 92/93) fast aufs Haar in Zeit und Höhe mit der Wirklichkeit übereinstimmten.»

Ueber den Erfolg der von Gesell vorgeschlagenen Konversionskasse berichtet das «Kritische Handbuch der hochverzinslichen Anlagewerte» (Hamburg 1911): «Die für Argentinien so erfolgreichen letzten Jahre gestatteten dem Lande, unterstützt durch eine sehr aktive, in den europäischen Notenbanken häufig recht fühlbare Goldpolitik, eine rasche Stärkung seiner vordem so unbedeutenden Goldbestände. Es bestund nämlich der sichtbare Goldbestand Argentiniens Ende 1910 ca. 320 Mill. Pesos. Es gibt nur ganz wenige europäische Großstaaten, die über derartige ansehnliche sichtbare Bestände (von denen natürlich der weitaus größte Teil in der Konversionskasse liegt) verfügen, wobei zudem die noch sehr geringe Einwohnerzahl Argentiniens zu berücksichtigen ist. — Heute beansprucht der Zinsen- und Amortisationsdienst der argentinischen Staatsschuld nur noch ca. 25 Prozent der Staatseinnahmen gegen 43 Prozent im Jahre 1901.» (Vom Herausgeber des Handbuches selber gesperrt.)

Gesell über die Gründung der Schweizerischen Nationalbank.

Nachdem sich Gesell 1900 in Les Hauts-Geneveys ein mittelgroßes Bauerngut gekauft hatte, das er durch die damals noch wenig bekannte Verwendung geeigneten Kunstdüngers rasch auf die Höhe brachte, untersuchte er nun auch die wissenschaftlichen Grundlagen für die Schweizerische Nationalbankgesetzgebung. Er fand darin eine besorgniserregende Lücke: für den Fall, daß die Nationalbank die Einlösung ihrer Noten aufheben oder die Annahme von Gold verweigern müßte, war nichts vorgesehen. In einer Schrift von 42 Seiten [6]), die er an die eidgenössischen Räte versandte, wies er darauf hin, daß «der Fall einer Goldsperre seitens der Notenbank in absehbarer Zeit möglich sei» und daß daran «schlechterdings niemand zweifeln dürfe». Mit der Absperrung des Goldes aber werde die Banknote zu Geld — und für dieses neue Geld müssen bestimmte Wegleitungen für die Bankbehörden gegeben werden, sonst verliere die Bank «jede gesetzliche Grundlage für die Berechnung des Geldbedarfs des Verkehrs.» «Vom Augenblick an, wo die Münzstätte gesperrt wird und man zwischen Gold und Geld unterscheidet, wird das Notenmonopol zum Geldmonopol und die Zentralnotenbank bestimmt dann autokratisch, was ein Franken ist. Und damit tritt die Frage, an die heute merkwürdigerweise niemand zu denken scheint, in den Vordergrund des allgemeinen Interesses: Was ein Franken dem Gesetze nach sein soll.» (In der Broschüre gesperrt.)

Gesell schildert dann (S. 18 ff.) die Folgen des Streites um die Kaufkraft des Frankens, der dann wirklich 16 Jahre später die Gerichte zu beschäftigen begann. «Wer hat recht? Natürlich wie immer derjenige, der die Macht, d. h. die Gesetzgebung auf seiner Seite hat, und um die Stimmen würde sich der Streit drehen in einer Sache, die mit dem gordischen

---

[6]) Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank und die Grenzen der Geldausgabe im Falle einer Sperrung der freien Goldausprägung. Bern 1901. K. J. Wyß.

Knoten nur allzuviel Aehnlichkeit hat. Gebot der Vorsicht ist es also, solch' unerquicklichen Möglichkeiten rechtzeitig zu begegnen, auch wenn diese Möglichkeit noch in blauer Ferne zu ruhen scheint», schreibt er.

«Man sehe deshalb durch Gesetz den Fall einer Goldsperre vor und bestimme das Maß für den Geldbedarf des Verkehrs, welches der Bank die Grenzen der Notenausgabe abstecken soll.»

Für den Fall der Goldsperre schlägt Gesell folgende Bestimmungen vor: «Die Notenbank wird die Ausgabe bezw. das Angebot von Geld derart dem Bedarf anpassen, daß der Preis dieses Geldes (welcher bisher in Wechselbeziehungen zu dem des Goldes stand) keine Schwankungen erfährt. Für die Ermittlung des Geldpreises [7]) soll dieselbe Methode Anwendung finden, die oben für die Ermittlung des Goldpreises näher bezeichnet worden ist.»

Für die Ermittlung des Geldpreises hatte Gesell «eine periodische Feststellung der Preise (von Staatswegen) einer möglichst großen Anzahl von Waren unter Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung» vorgeschlagen — also das, was wir heute als Index bezeichnen.

Von der Warnung bis zur Erfahrung: 1901 bis 1914.

Die Schweizerische Nationalbank war infolge ihrer Verbundenheit mit der Goldwährung nicht imstande, die Morgankrise von 1907 auf 1908 von unserem Lande abzulenken. [8]) Im Jahre nach ihrer Eröffnung erschien von Gesell und Ernst Frankfurth: «Aktive Währungspolitik, eine neue Orientierung auf dem Gebiete der Notenemission». Eine unveränderte Neuauflage wurde 1921 herausgegeben. 1908 war diese Schrift an alle deutschen Parlamentarier und an die Presse, zusammen in mehreren Tausend Exemplaren, gesandt worden. «Keine

---

[7]) Darunter versteht Gesell das, was heute als «Kaufkraft des Geldes» oder auch als «Geldwert» bezeichnet wird.

[8]) Darüber in: «Morgan, der ungekrönte König der Welt», von Fritz Schwarz, IV. Auflage, Bern 1932.

Zuschrift, keine Bestellung, keine Kritik.» «Man fürchtet uns», meinte Frankfurth. «Kein Mensch hat das Buch gelesen», antwortete ich, «mit Ausnahme der wenigen, die die nötige Intelligenz besitzen, um zu erkennen, daß eine aktive Währungspolitik ihren Interessen gefährlich werden könnte, und die schweigen.» Von der Presse hatte ich gar keine Unterstützung unserer Bestrebung erwartet. Mir ist es immer eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß die großen Tageszeitungen finanziell in der Hand der Haute Finance sind und den Befehl erhalten haben, keine Kritik der ihnen so nützlichen Reichsbankpolitik zu dulden.» — «Wie die Dreadnoughts Englands immer die zu ihrem Unterhalt nötigen Mittel aufbringen, so schafft auch die Goldwährung der Börse die Mittel, sie zu verteidigen.» — «Die Beispiele, die der Krieg gebracht, hätte ich nun in dieser zweiten Auflage verarbeiten können. Mich ekelt aber alles, was mit dem Kriege zusammenhängt, dermaßen an, daß ich nicht einmal das von ihm gelieferte Beweismaterial brauchen kann.» So schreibt Gesell im Vorwort zur unveränderten Neuauflage der genannten Schrift über «aktive Währungspolitik» 1921.

Im Jahre 1912 begann einer seiner ersten und rührigsten Anhänger, Georg Blumenthal, mit der Herausgabe einer Zeitung, die 1916 der Kriegszensur zum Opfer fiel, dem «Physiokrat». Dort schrieb Gesell 1912, als sich die ersten Folgen jener Goldverknappung von 1912 fühlbar zu machen begannen, unter dem Titel: «Geld oder Krieg!»:

«Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhaften Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, umso tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. Und für Barbaren gibt es kein anderes Mittel, um die Bevölkerung auf der Höhe der Subsistenzmittel zu erhalten als den Krieg, den Massenmord.

Entweder Arbeitsteilung und ein diese sicherndes Geldwesen, als Träger einer aufwärtsstrebenden Kultur, die die Subsistenzmittel der Bevölkerung anzupassen weiß, oder aber umgekehrt die gewaltsame Anpassung der Bevölkerung an die natürlich gegebenen Subsistenzmittel durch den Krieg, das gegenseitige Totschlagen der Ueberzähligen.» Er mahnt die Verantwortlichen im gleichen Aufsatze: «Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen . . . »

Im gleichen Jahre sprach auf dem Internationalen Handelskammerkongreß in Boston Professor Irving Fisher über die Teuerung und ihre Ursachen. Professor Woodrow Wilson machte mit seinem Einverständnis den Vorschlag, in Zeiten sinkender Preise den Golddollar leichter auszuprägen, so daß also dessen Menge erhöht werden könnte, wodurch die Nachfrage steigen würde und die Preise gehalten werden könnten.

Doch verhallten diese Vorschläge und Warnungen ungehört. Der Sozialdemokrat Südekum, Mitglied des Reichstages, wurde in Nürnberg von einem Freigeldler gestellt, der selbst Vorstandsmitglied eines sozialdemokratischen Vereins in Berlin gewesen war. «Da ich diese Ansichten von der gesellschaftlichen Entwicklung für falsch halte, werde ich ihrer Propaganda mit derjenigen Energie entgegentreten, die ich meiner Partei und ihren Anhängern schuldig bin», antwortete Abgeordneter Südekum auf einen Brief seines Kritikers. [9]) Und die Sozialdemokratie hielt Wort bis 1932.

Der Kriegsausbruch — die Sperrung der Golddeckung!

Als der Krieg ausbrach, schrieb Ernst Frankfurth in Buenos Aires an seinen «Geldbriefen vom Silberstrom». [10]) Am 3. August 1914 schloß er sie mit folgenden Worten ab:

---

[9]) «Physiokrat» Nr. 4, August 1914.
[10]) Montevideo 1915.

«Jetzt möchte ich nur eins: alle Beteiligten haben Goldwährung, jetzt möchte ich weiter nichts, als daß alle ohne Ausnahme an dieser vielgerühmten Währung festhielten. Festhielten, koste es was wolle! Dann hätten wir nach acht Tagen spätestens wieder Frieden. Die Staaten sänken wegen vollkommener Anämie, an allgemeiner Erschöpfung zusammen. Rußland hätte noch längst nicht zu Ende mobilisiert, da könnte Väterchen Nikolaus schon wieder mit dem Palmwedel winken. Man hat die Goldwährung geduldig ertragen, so oft und so gern sie zu Arbeitslosigkeit, zu Hunger, Verbrechen und Elend mitten im Frieden zwang, aber wenn das nervöse, feige Goldgeld die Völker hindert, über ihre derzeitigen Erbfeinde herzufallen, wenn es die besondere Arbeit, die auf Zerstörung und Totschlag gerichtet ist, lahmlegen will, das kann man sich nicht gefallen lassen, dann fliegt die Goldwährung über Bord.»

«Der eine Staat wird's so machen, der andere anders. Pfuschen werden sie alle.»

«Es wird sich jetzt manches am praktischen Beispiel zeigen, was bisher nur dem bewiesen werden konnte, der denken wollte. Es gilt also zu beobachten. Später reden wir wohl noch darüber. Vorläufig stelle ich diese Briefe ein; die Zeit ist jetzt zu aufgeregt zum ruhigen Schreiben — oder ehrlicher gesagt, ich bin's.» —

Alle Staaten waren gezwungen, ihre Golddeckung vor dem andringenden Publikum abzuschliessen und der Umtausch von Noten gegen Gold — «die Perle unseres Nationalbankgesetzes» — wurde auch in der Schweiz eingestellt. Hätte ein Staat dies nicht getan und die Goldwährung nicht sofort aufgehoben, so hätte er binnen wenigen Tagen seinen Goldvorrat an das Volk abgeben müssen und für den überschießenden Rest seiner Noten keine Deckung mehr gehabt. In der Schweiz betrug Ende Juli 1914 der Notenstand [11]) 409 Millionen Franken, der Metallbestand dagegen nur 198 Mill., was einem ungedeck-

---

[11]) Wir brauchen diesen unzweideutigen an Stelle des irreführenden Ausdrucks «Notenumlauf».

ten Notenstand von 211 Mill. entspricht. Wäre damals auch nur die Hälfte der Noten zur Einlösung vorgewiesen worden — was bei einer Panik leicht möglich gewesen wäre, — so hätte die Schweizerische Nationalbank gesetzlich kein Recht mehr gehabt, Noten im Umlauf zu halten. Die Goldwährung konnte nur dadurch für die Nachkriegszeit gerettet werden, daß man sie aufgab — was sich allerdings höchst seltsam ausnahm, da man doch früher die Notwendigkeit eines Goldschatzes damit begründet hatte, daß er allein in Kriegszeiten eine sichere Grundlage für die Währung bilde.

Nachdem man es 1901 unterlassen hatte, für den Fall einer Aufhebung der Goldeinlösungspflicht gültige gesetzliche Richtlinien aufzustellen, wäre es bei Kriegsausbruch Pflicht des Bundesrates gewesen, solche zu erlassen, wie auch der Bankleitung, sie zu verlangen. Man begnügte sich jedoch damit, die Notenmenge nicht in einem Maße anschwellen zu lassen, daß die bisher übliche Deckung unterschritten wurde. Dabei übersah man aber, daß uns das Ausland im Vergleich zu früher enorme Beträge an Silber und Gold zusandte. Betrug der Metallbestand der Nationalbank auf Mitte 1914 193 Millionen, so betrug von 1914 bis Ende 1918 der Einfuhrüberschuß an Gold und Silber nach J a b e r g 402 Millionen.[12] Der Metallschatz der Nationalbank stieg bis auf 667 Millionen (im Jahre 1921), wobei das Silber im genannten Jahre nur zum Silbermarktpreise gerechnet wurde. Diese rapide Steigerung ermöglichte eine starke Vermehrung des Notenstandes, ohne daß die Deckungsvorschriften verletzt wurden. Mehr noch: die Nationalbankleitung war darauf bedacht, die Notenausgabe anzuregen, weil die Noten Zinsen (Diskont) einbrachten und damit die Bank bereicherten. So wurde von wohlunterrichteter Seite behauptet, daß man dem Bundesrat seitens der Nationalbankleitung geradezu Geld a u f g e d r ä n g t hätte. Sei dem wie es wolle: Tatsache ist, daß das Eidgenössi-

[12]) Amtl. stenogr. Bulletin der Bundesversammlung 1921, S. 26.

sche Finanzdepartement sich Geld gegen sogenannte Reskriptionsscheine oder Finanzwechsel leihen ließ. Die Summen wurden erst geheim gehalten, dann kamen sie durch eine Indiskretion an die Oeffentlichkeit und wurden erstmals 1918 bekannt gegeben. [13]) Sie mögen hier folgen.

Jahr	Quartal	Reskriptionsscheine	Jahr	Quartal	Reskriptionsscheine
1914	1.	—	1919	1.	484,0
	2.	—		2.	548,0
	3.	10,0		3.	410,0
	4.	56,0		4.	360,0
1915	1.	98,5			
	2.	120,1	1920	1.	342,0
	3.	50,5		2.	329,0
	4.	105,5		3.	134,0
1916	1.	64,5		4.	257,0
	2.	187,0			
	3.	229,6	1921	1.	200,0
	4.	222,5		2.	142,0
1917	1.	223,2		3.	174,0
	2.	316,8		4.	187,9
	3.	282,4			
	4.	319,4			
1918	1.	271,0	1922	1.	33,7
	2.	388,0		2.	57,7
	3.	518,0		3.	53,7
	4.	357,0		4.	106,0

Diese Durchschnittsbeträge wurden an schwierigen Tagen oft erheblich überschritten und sie gingen bis gegen 600 Millionen hinauf — während der Notenstand des Jahres 1913 nur 272 Millionen betragen hatte! Der Bundesrat setzte also allein doppelt so viel Noten in Verkehr, als vor dem Kriege überhaupt ausgegeben worden waren.

Der Kampf gegen die Inflation.

Im Jahre 1915 sandte Dr. Th. Christen dem Bundesrat eine Denkschrift ein, die im Druck

[13]) In «Argus, Zur Währungsfrage». Bern 1918.

erschien und später den maßgebenden Männern der eidgen. Räte zugestellt wurde.[14]) Was darin stand, klingt heute ganz vertraut und selbstverständlich, war aber damals für die weitaus meisten Leute einfach so weitabliegend, daß ein bekannter Parlamentarier in einem Briefe schrieb, über diese Fragen könne man sich «vielleicht in Generationen einmal unterhalten». (Der gleiche Nationalrat hat sieben Jahre später dem Bundesrat die schwersten Vorwürfe gemacht, weil er sich in der Währungsfrage nicht auf der Höhe zeigte . . .).

Dr. Christen schrieb 1915:

«Es läßt sich zunächst sicher feststellen, daß, je heftiger die Hausse, desto bedenklicher die nachfolgende Baisse, desto größer das Risiko einer schweren allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Folge einer allgemeinen Krise ist aber unvermeidlich Arbeitslosigkeit und Proletarisierung der Massen. Es wird also auch derjenige, welcher die allgemeinen Konjunkturschwankungen für unvermeidlich hält, dennoch auf ein Mittel sinnen müssen, um wenigstens eine Milderung dieser störenden Schäden des Wirtschaftslebens zu erreichen.

Hiernach gehörte also als erste und wichtigste Bestimmung in das Nationalbankgesetz eine genaue Vorschrift darüber, mit welchen Mitteln die allgemeine Hausse gedämpft und die allgemeine Baisse aufgehalten werden muß.

Wir wissen, daß eine Ueberschwemmung des Marktes mit Geld ebenso unfehlbar eine allgemeine Hausse erzeugt, wie durch eine Gelddrainage des Marktes die allgemeine Baisse hervorgerufen wird. Daraus ergibt sich mit logischer Notwendigkeit, daß die Nationalbank die Hausse dämpfen kann, wenn sie den Geldumlauf vermindert. Ebenso wird sie die Baisse aufhalten, wenn sie den Geldumlauf vermehrt.

---

[14]) Die absolute Währung des Geldes. Bern 1915, A. Francke. — Diese und die folgenden Eingaben wurden zusammen mit dem Briefwechsel zwischen der Freihofkasse und Bundesrat Motta später unter dem Titel herausgegeben: «Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens», Bern 1919.

Die Dämpfung der allgemeinen Hausse erreicht die Nationalbank, wenn sie staatliche Schuldentitel und Wechsel verkauft oder, was noch wirksamer ist, wenn sie mit der Befugnis einer Steuererhebung ausgerüstet wird, und zwar vorzugsweise in Form eines Zuschlages zur Vermögenssteuer. Denn diejenigen, welche den Markt periodisch mit Geld überschwemmen, das sind die Geldkapitalisten, die Besitzer von Barvermögen. Es würde dann eine mit der allgemeinen Hausse automatisch eintretende Erhöhung der Vermögenssteuer von vornherein die Hausselust dämpfen.

Außerdem würde eine solche selbsttätige Kuppelung zwischen Währung und Steuer die Aufmerksamkeit der Bürger auf die Bedeutung der Währung wachrufen, ein außerordentlich segensreiches Moment.

Entsprechend der Höhe der hierdurch eingehenden Geldbeträge muß die Nationalbank dem Verkehr Noten entziehen.

Außerdem muß sie zur Dämpfung der Hausse den Wechseldiskont erhöhen oder, wenn nötig, glatt verweigern, eventuell eine Wechselsteuer erheben.

Umgekehrt wird die Nationalbank der Baisse entgegenarbeiten, wenn sie den Auftrag hat, bei sinkenden Warenpreisen Geld in den Verkehr zu bringen, Wechsel anzukaufen, Staatsschuldentitel zurückzukaufen oder, was während einer Baisse besonders dankbar angenommen wird, Steuernachlaß zu veranlassen.

Entsprechend der Höhe der hierbei herausgehenden Geldbeträge muß die Nationalbank neue Noten herausgeben.

Außerdem muß sie den Wechseldiskont erniedrigen und eine allfällige Wechselsteuer herabsetzen oder aufheben.

Allerdings würde die Nationalbank bei dem Handel mit den Staatsschuldentiteln Verluste erleiden, denn, wie wir oben gesehen haben, sind während einer allgemeinen Hausse die festverzinslichen Papiere feil, während sie zur Zeit einer allgemeinen Baisse ein

gesuchter Artikel sind. Aber die Stabilisierung der ganzen Volkswirtschaft ist wohl ein solches Opfer wert. Uebrigens werden wir später sehen, daß ein analoger Handel mit ausländischen Staatspapieren der Nationalbank Geld einbringt.

Auf diese Weise gelingt es unter allen Umständen, die allgemeinen Konjunkturschwankungen wenigstens abzuschwächen, und es wird dadurch auch das Eintreten allgemeiner Wirtschaftskrisen wesentlich eingeschränkt. Ist aber die Macht der Nationalbank groß genug, um die absolute Währung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, so sind die allgemeinen Konjunkturschwankungen ausgeschlossen und damit auch die allgemeinen Wirtschaftskrisen.

Dieses Ziel sollte wenigstens einer gründlichen Untersuchung der Unterlagen wert sein. Und wenn die Diskussion der absoluten Währung vorerst nichts anderes erreichte, als daß die Oeffentlichkeit mit steigendem Interesse sich dieser Fragen annähme, so wäre dadurch schon viel gewonnen; in erster Linie dadurch, daß infolge der dabei zutage tretenden Schwierigkeiten die Erkenntnis durchdringen wird, wie sehr jede staatliche Währungspolitik durch die privaten Geldreserven gestört und durchkreuzt wird.»

Den hier vertretenen Ansichten von Dr. Th. Christen schloß sich damals leider nur ein einziger Fachmann an, E. Ott, damals Subdirektor der Schweizerischen Nationalbank auf dem Platze Bern, heute Direktor der Spar- und Leihkasse Bern. In einem Vortrag, der später im Druck erschien [15]) führte Ott folgendes aus: «Durch das Hineinpressen von nationalen Noten in den Verkehr würde der Anschein einer nicht existierenden Geldfülle erweckt. Die Folge davon wäre ein niedriger Privatsatz, der das Eindringen fremden Kapitals verhindern müßte. Niedrige Sätze, d. h. reichlich verfügbares Geld, würden dem Lande eine vollständige unrichtige Situation vortäuschen, würden Anlaß zu

[15]) E. Ott, Krieg und Geld, Bern 1916.

üppigerer Lebenshaltung, zu Erweiterungen aller Art, zu Spekulationen und Börsenspiel geben. Die Nachfrage nach Produkten, Waren, Fabrikaten, würde erhöht, deren Wert gesteigert, mit andern Worten, die Kaufkraft der nationalen Note würde vermindert.»

Nachdem Ott vollständig richtig die Gefahr umschrieben hatte, der die Schweiz damals bereits verfallen war, schreibt er weiter: «In normalen Zeiten wird man es nicht so weit kommen lassen. Die Diskontopolitik des zentralen Noteninstitutes wird rechtzeitig eingreifen, durch Erhöhung des Diskontos den Bezug von Zahlmitteln erschweren und die Bank wird, indem sie sukzessive ihr Wechselportefeuille ablaufen läßt, den Rückzug ihrer Noten beschleunigen. Die dadurch bewirkte Verknappung der Geldmittel wird, rückwirkend, die Kauflust vermindern, die Nachfrage nach Waren herabsetzen, deren Preis somit ungünstig beeinflussen.»

Leider blieb Subdirektor Ott mit dieser vernünftigen Auffassung nicht bloß allein, sondern er übersah noch etwas: daß zur Zeit großer Warenverknappung die Diskontschraube versagt, weil die starke Preissteigerung den höchsten Diskont glatt bezahlen läßt. Gesell hatte 1901 schon darauf aufmerksam gemacht und die entsprechenden Mittel empfohlen.[16]) Aber noch 1923 war man in Deutschland nicht so weit, das Versagen der Diskontschraube zu erkennen und die Folgerungen zu ziehen.

Ebensowenig richtet eine Herabsetzung des Diskonts bei der Erwartung eines starken Preisfalles aus, wenn man auch zugibt, daß die Bewegungen des Diskonts auf den Geldumlauf sowohl hemmend wie belebend einwirken.

Der Bundesrat erwiderte auf die erste Eingabe: «In Wirklichkeit haben die Konjunkturschwankungen und die Krisen sehr viel kompliziertere Ursachen als die nur in längeren Zeiträumen zum Ausdruck kommenden Veränderungen des Geldwertes: Verschiebungen in den Produktions- und Konsumationsverhältnissen usw. Alle diese Ursachen lassen

[16]) Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank, S. 16 ff.

sich mit dem besten und stabilsten Geldwesen, mit der absolutesten Währung nicht beseitigen». Und später: «Die Verwirklichung dieser ganz persönlichen Theorien würde uns vollständig in der Geld- und Währungspolitik Europas isolieren, was für die Schweiz unabsehbare ökonomische Folgen hätte». Auf die beiden Einwände antwortete Dr. Christen mit den beiden Eingaben «Die gegenwärtige Teuerung und das Nationalbankgesetz» sowie «Nationale Währungspolitik». Fast gleichzeitig erschienen in den «Annalen des Deutschen Reiches» vier grundlegende Aufsätze: «Die Kaufkraft des Geldes», «Die Quantitätstheorie des Geldes», «Währung, Zins und Lohn» und «Die Durchführung der absoluten Währung». [17]

Hier wurden die landläufigen Einwände gegen die Gesell'schen Lehren zurückgewiesen. Leider werden diese Schriften in der deutschen nationalökonomischen Literatur nie angeführt, und das, trotzdem sie in einer der angesehensten deutschen Fachzeitschriften erscheinen konnten. Alle Angriffe gegen die bereinigte Quantitätstheorie des Geldes richten sich nie gegen die Christen'schen Aufsätze, sondern gegen deren ungenügende Nachahmungen, die naturgemäß anfechtbar sind. (Hahn, Fisher, Cassel, Kellenberger usw.).

In seinen Denkschriften stellte Christen das Gesetz der Kaufkraftparitäten dar, das dann von Prof. Cassel weiter bekannt gemacht worden ist. Seine kürzeste Fassung erhielt es in der «Denkschrift zur Internationalen Valutafrage», die 1919 vom Freiwirtschaftsbund den Regierungen aller Länder und den führenden Volkswirtschaftern zugestellt wurde. «Bleibenden Einfluß auf den Wechselkurs haben nur Veränderungen des allgemeinen Preisstandes. Dieser Einfluß wird verändert durch Störungen des Grenzverkehrs, wie Zölle, Ein- und Ausfuhrprämien, Ein- und Ausfuhrverbote. — Vorübergehenden Einfluß auf den Wechselkurs haben gehäufte Käufe, bezw. Verkäufe

[17]) Seither unter dem Titel «Das Geldwesen ein dynamisches System» als Sammelbd. erschienen, Bern 1920.

von Wertpapieren, Aufnahme oder Kündigung von Anleihen (Valutaanleihen). [18])

Zwei Warnungen aus dem Jahre 1916.

In seiner zweiten Denkschrift an den Bundesrat schrieb Christen: «Eine weitere Unannehmlichkeit bilden nach dem Kriege die Silbermünzen unserer lateinischen Nachbarstaaten, deren Kurs weit über ihrem Silberwert steht. Da Frankreich und Italien weit mehr Noten ausgegeben haben als die Schweiz, so ist zu befürchten, daß nach dem Gresham-Gesetz das französische und italienische Silber die Schweiz überfluten und wir mit diesem minderwertigen Material beschwert werden. Es wird dies umsomehr der Fall sein, als vermutlich nach dem Kriege die Schweiz eine nicht unbeträchtliche positive Ausfuhrbilanz gegenüber Frankreich und Italien erreichen dürfte. [19]) Sechs Jahre später berechnete Dr. A. Meyer im Nationalrat den Schaden allein am Zinsausfall für die eingelagerten Silberstücke auf «10—15 Millionen oder vielleicht etwas mehr», während Dr. Schär einen Schaden von 80—100 Millionen errechnete. [20])

Außer der Warnung vor der Inflation enthält die Schrift auch immer wieder die Warnung vor der Deflation nach dem Kriege. «Eine Rückführung der Preise auf das ursprüngliche Niveau wäre, wie schon bemerkt, ein schwerer, unverzeihlicher Mißgriff, ein nationales Unglück, das wir nach den Erfahrungen in Deutschland 1873, in Chile und Argentinien 1898 nicht noch einmal heraufbeschwören dürfen. Jene bitteren Erfahrungen haben uns die Lehre gegeben, daß jede künstlich hervorgerufene Senkung des allgemeinen Preisniveaus mit Sicherheit die schwerste allgemeine wirtschaftliche Depression herbeiführt.

---

[18]) Denkschrift zur Internationalen Valutafrage. Den Regierungen überreicht vom Schweizer Freiland-Freigeld-Bund. Bern 1920. (Auch englisch und französisch erschienen.) S. 5 ff.

[19]) Ordnung und Gesundung S. 39.

[20]) Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, 1922. Siehe darüber auch einen zusammenfassenden Artikel im «Schweizerischen Beobachter», Nr. 4, 1930, S. 106 ff.

Also lernen wir aus der Geschichte!»[21]) — Leider lernt man aus der Geschichte seit 1914, daß man aus der Geschichte nichts gelernt hatte.

Ebenfalls im Herbst 1916 sandte Silvio Gesell ein ausführliches Schreiben an die Reichsbank, worin er sie auf die schon fast unvermeidliche Inflation nach Friedensschluß aufmerksam machte. Dann werde die Reichsbank, wenn sie weiterfahre, die Finanzwechsel des Reichs anzunehmen, nur noch solche in ihrem Portefeuille haben, und da jedermann Waren kaufen wolle, so sei die Bank außerstande, die in den Verkehr gegebenen und zum Teil bisher verschatzten Noten zurückzunehmen; das Reich werde dieses Geld ebenfalls nicht zurücknehmen können und die Inflation werde die unvermeidliche Folge dieser Art Geldpolitik der Reichsbank sein.

Aber auch die Reichsbank hörte nicht auf diese Warnungen.

Freiwirtschaft und Sozialismus.

Mit der «Freistatt»[22]) trat die Freiwirtschaftsbewegung in den Tageskampf ein. Wenige Monate vorher hatte Gesells System in der «Natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld»[23]) eine endgültige, seine seither nicht mehr veränderte Fassung gefunden. Gesell selber war am 28. April 1916 im Berner Großratssaal mit einem Vortrag «Gold und Frieden?» an die Oeffentlichkeit getreten[24]), sowie am 5. Juli 1917 in Zürich mit einem zweiten Vortrag «Freiland, die eherne Forderung des Friedens». So war die innere Vorbereitung zur Auseinandersetzung mit andern geschaffen. Sie setzte

---

[21]) a. a. O. S. 38

[22]) Ab 1. Januar 1917. Später wurde sie auch «Das Freigeld» oder «Freigeldler» genannt. Seit 1. Januar 1923 erscheint sie, erweitert als die «Freiwirtschaftliche Zeitung», wöchentlich.

[23]) Im Selbstverlag, Les Hauts-Geneveys 1916, 2. Aufl. 1919, 3. Aufl. 1920. Gegenwärtig ist die 7. Aufl. im Handel. Die Gesamtauflage beträgt heute 30 000 Stück.

[24]) Von der vierten Auflage an in die «Natürl. Wirtschaftsordnung» aufgenommen, ebenso der Vortrag über Freiland.

zuerst mit Robert Grimm und seinem Sozialismus ein. Er verweigerte jeden Raum für eine sachliche Erörterung und wies einen von seinem Mitredaktor Dr. Jakob Lorenz bestellten Aufsatz über «Karl Marx und Silvio Gesell» zurück. [25]) Ohne die Gesell'schen Lehren zu kennen — sagte er doch einmal in offener Versammlung, die Freiwirtschafter wollen die Geldmenge vermehren, solange die Preise steigen und sie vermindern, um damit die Preise zu erhöhen! — griff er sie scharf an. Als 1918 eine Petition an die eidgen. Räte eingereicht wurde, worin Einstellung der Notenvermehrung verlangt wurde, schrieb Grimm in der «Berner Tagwacht»: «Wir ersuchen die Arbeiter, diese Petition nicht zu unterschreiben, da der Rückzug der Banknoten nur in den Augen ganz Naiver ein Mittel zur Bekämpfung der Teuerung ist». In den Jahren 1921 und 1922 kam es in der «Roten Revue» und in der «Tagwacht» zu Auseinandersetzungen, die immer damit endeten, daß den Freiwirtschaftern das Wort entzogen wurde. [26]) Schließlich wurde die Mitgliedschaft im Freiwirtschaftsbunde als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei erklärt, gestützt u. a. auf ein Gutachten von Dr. N. Reichesberg, Professor der Nationalökonomie an der Universität Bern. [27]) Da die beiden Wirtschaftssysteme zwar nicht im Endziel (der Befreiung von aller Ausbeutung durch das arbeitslose Einkommen), wohl aber in ihrem Endergebnis — der freien Wirtschaft einerseits, der gebundenen Planwirtschaft anderseits — die denkbar schroffsten Gegensätze bildeten, war der Beschluß verständlich. Zur raschen Trennung hatte auch die scharfe Stellungnahme der Freiwirtschafter gegen die Höchstpreise und die Mietzinsbeschränkungen beige-

[25]) Er wurde dann 1917 in die «Freistatt» aufgenommen und erschien dort in den Nrn. 22 und 23.

[26]) Die Aufsätze für und gegen die Freiwirtschaftslehre wurden gesammelt unter dem Titel «Grimm gegen Gesell» (Bern 1921) und «Der große Irrtum der Sozialdemokratie» (Bern 1922) herausgegeben.

[27]) Abgedruckt in Schwarz: «Der große Irrtum der Sozialdemokratie», Bern 1922, S. 23 ff.

tragen,[28]) während die Abneigung der sozialistischen Führer gegen die Beschäftigung mit der Geld-, Kredit- und Währungsfrage das ihrige beitrag. So stellt z. B. die Sozialdemokratie von sich aus nur einen einzigen der vierzig Bankräte unserer Nationalbank.

Die Freihofkasse und Bundesrat Motta.

In Bern bestand die «Freihofkasse Bern». Arbeiter beabsichtigten mit dieser Gründung genügend Geld für den Bau von Wohnungen zusammenzubringen. Sie wurde bekannt mit den Währungstheorien von Gesell. Gestützt darauf verlangten sie vom Bundesrat Auskunft darüber, ob die Preise nach Friedensschluß durch eine Deflation gesenkt werden sollten; «läge es in der Absicht des Finanzdepartements, zu einer auf allgemeinen Rückgang der Warenpreise gerichteten Währungspolitik überzugehen (wie das in letzter Zeit in der Presse befürwortet wurde), so wäre unser Unternehmen zum vornherein dem finanziellen Ruin ausgesetzt und wir müßten, um das uns anvertraute Kapital nicht zu gefährden, von unserem Vorhaben, trotz der sich dadurch noch verschärfenden Wohnungs- und Arbeiternot, absehen.»

«Es läge nicht nur in unserem, sondern auch im allgemeinen Interesse, wenn das Finanzdepartement in dieser Frage möglichst bald die grundsätzliche Entscheidung geben würde, von der heute das Schicksal des gesamten schweizerischen Unternehmertums abhängt.».

Diese Anfrage, sowie die darauf erfolgende Antwort des eidgenössischen Finanzdepartements nebst Replik und Duplik sind in der schon mehrmals erwähnten Schrift Christens[29]) angeführt. Bundesrat Motta erklärte zum Schluß: «Weder die Nationalbank, noch das unterzeichnete Departement haben

[28]) Gesell hat 1918 in der «Familie» den Vorschlag eines Lebensmittelgeldes und in Nr. 17 der «Freistatt» 1917 einen Vorschlag für ein Mietausgleichsgesetz gemacht, von welchen Vorschlägen Dr. Lorenz u. Gustav Müller, damals Stadtpräsident von Bern, mit Anerkennung schrieben.

[29]) «Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens», Seite 65—73.

ihre Handlungen Privaten gegenüber zu rechtfertigen, oder eine bindende Erklärung über die zu befolgende Währungspolitik abzugeben. Wir fügen übrigens bei, daß der Bundesrat bis heute nicht in den Fall gekommen ist, die Schweiz. Nationalbank kraft seiner außerordentlichen Vollmachten, in ihrem Notengebahren einzuschränken.»

Als dieser Satz geschrieben wurde, hatte die Nationalbank an Bundesrat Motta neue Noten im Betrage von 357 Millionen und ein halbes Jahr später im Betrage von 560 Millionen geliehen . . .

Eine Petition gegen die Inflation und ihr Erfolg.

Hinter der Eingabe der Freihofkasse stand Silvio Gesell. Er hat die Eingabe und die Replik verfaßt. Am 17. Juni 1918 reichten dagegen drei sozialdemokratische Mitglieder des Freiwirtschaftsbundes dem Bundesrat folgende Petition ein:

«Die unterzeichneten Schweizerbürger, gestützt auf Art. 57 der Bundesverfassung, gewährleistend das Petitionsrecht, verlangen hiermit als zur Zeit einzig mögliche durchgreifende Maßnahme gegen die wachsende Teuerung den Rückzug von Banknoten durch die Nationalbank, mindestens solange als die steigende Tendenz der Warenpreise anhält. — Zur Ueberwachung dieser wichtigen Maßnahme ist eine Kommission zu bestellen aus Vertretern der Arbeiterschaft, der Bauern, der Unternehmer und der Kaufleute.

Zur Begründung der Petition verweisen wir auf die Denkschriften des Herrn Dr. Christen, eingereicht dem eidgenössischen Finanzdepartement.»

Die Eingabe wurde rasch mit hunderten von Unterschriften bedeckt. Dr. V. Furlan schrieb darauf in den «Schweizerischen Blättern für Handel und Industrie» in der Besprechung des Bundesratsbeschlusses vom 15. Juni 1918, der mithelfen soll, dem Ansteigen des Notenumlaufes entgegenzuwirken: «Wir müßten uns sehr irren, wenn wir den unmittelbaren Grund dieser Maßnahme nicht in einer Petition er-

blicken würden, welche dem Bundesrat eingereicht wurde und den folgenden Wortlaut hatte: (folgt die oben angeführte Petition). Wir glauben, diese Verordnungen sind auf die in weiten Kreisen verbreitete Meinung zurückzuführen, an der gegenwärtigen Teuerung sei die übermäßige Notenausgabe durch das Emissions-Institut schuld.

«Die Feinde der gegenwärtigen Währungsverhältnisse sind im Schweizer Freiland-Freigeld-Bunde organisiert. Sie kämpfen gegen die Teuerung und haben infolgedessen die Sympathien der weitesten Kreise hinter sich und die Behörden wußten nichts anderes, als daß sie diesem heftigen Drängen der Reformbeflissenen — ohne übrigens deren Meinung zu teilen — wenigstens insofern nachgegeben haben, daß sie ihren guten Willen zur Verringerung des Banknotenumlaufes zeigten.» —

Die «Freistatt» (1918, Nr. 16, Seite 6) zog daraus den Schluß, daß die Schweizerische Nationalbank und das eidgenössische Finanzdepartement «keine feststehenden Grundsätze über die Währungspolitik» hätten. Am 23. Juli 1916 hatte Dr. Christen persönlich einen Brief an den damaligen Präsidenten der Finanzkommission des Nationalrates, Herrn Wagner in Ebnat gerichtet (abgedruckt in Schwarz: «Die Mitschuld der Schweiz. Nationalbank an der Wirtschaftskrise», Bern 1922, Seite 15). Darin hatte er sieben Fragen gestellt, von denen wir hier die beiden letzten anführen. Sie lauten:

«6. Auf welche Theorie des Geldes gründen sich die Beschlüsse der eidgenössischen Räte?

«7. Können sich die Räte davon überzeugen, daß die Neuregelung der Schweizerwährung eine vorwiegend schweizerische Angelegenheit ist insofern, als etwaige Schwierigkeiten, die eine autonome Regelung der Frage im Verkehr mit dem Ausland nach sich ziehen könnten, in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, den unzweckmäßige Währungsmaßnahmen der schweizerischen Volkswirtschaft zufügen würden?»

Die rasch wachsende Unzufriedenheit über die allgemeine Preissteigerung führte zu immer häufigeren Angriffen gegen die Schweizerische Nationalbank. Im «Bund» (Nr. 102 vom 8. März 1918) verteidigte R. de Haller, der damalige Generaldirektor, deren Währungspolitik und stützte sich dabei vor allem auf den Satz, daß das Ausland, von dem wir abhängig seien, uns die Preise diktiere. Als Beweis dafür führte er die ausländischen Preissteigerungen an, unterließ es jedoch, den Kursrückgang der ausländischen Währungen anzuführen, der sich bekanntlich umso schärfer auswirkte, je höher die Preise im Auslande stiegen. Dr. Christen wollte ihn auf diese Unterlassung aufmerksam machen. Sein Artikel wurde jedoch im «Bund» nicht aufgenommen und die Leser blieben im Glauben, daß tatsächlich die Preissteigerung im Auslande auch eine Preissteigerung in Schweizerfranken nach sich ziehen müsse. Der Aufsatz von Dr. Christen erschien dann in Nr. 11 der «Freistatt» vom 15. Juni 1918. Durch die Tatsachen widerlegt wurden die Ausführungen von Generaldirektor R. de Haller ein Jahr später, als die Geldvermehrung in der Schweiz langsamer vor sich ging als in andern Ländern: Damals stieg bei uns der Preisstand nicht mehr, sondern sank sogar ein wenig, während er in allen andern Ländern noch rasch in die Höhe ging.

Die oben angeführte Petition wurde auch in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 1. Juli 1918 besprochen (Nr. 61). Die ihr zugrundeliegenden Theorien wurden als «unklar und widerspruchsvoll» bezeichnet. Am 7. Juli 1918 forderte Dr. Christen die Redaktion auf, die angeblichen Widersprüche «öffentlich aufzuzeigen». Die «Neue Zürcher Zeitung» hat darauf nie geantwortet.

«Die Stellung der Wissenschaft zu den Bestrebungen des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes.»

Als erster Wissenschafter trat J. Shield Nicholson vor der Royal Statistical Society gegen die Inflation auf (Journal of the Royal Statistical Society, July 1917, S. 503).

Ihm folgte Dr. Kellenberger im «Bund». Verteidigt wurde sie in der «Neuen Zürcher Zeitung» des gleichen Jahrganges. Vor allem wurde immer wieder geltend gemacht, daß nicht die Geldvermehrung die Preissteigerung hervorgerufen hätte, sondern daß umgekehrt die Preissteigerung eine Vermehrung des Geldumlaufes notwendig gemacht habe. Nicholson zeigte nun für England, daß die Geldvermehrung der Preissteigerung jeweilen um 3—5 Monate vorangegangen sei. Dasselbe wies «Argus» für die Schweiz nach. [30]) Doch noch heute wird dieser Einwand hin und wieder erhoben. Immerhin nahmen jetzt endlich gegen das Jahr 1919 weitere Kreise gegen die Geldvermehrung Stellung und nach dem Generalstreik von 1918 schrieb Dr. Kellenberger im «Bund»:

«Es ist bewundernswert, mit welcher Seelenruhe sich unsere Bundesverwaltung über die tausendjährigen Erfahrungen der Weltgeschichte und die elementarsten Grundsätze der Volkswirtschaftslehre hinwegsetzt. Durch ihre verhängnisvolle Finanzpolitik haben Regierung und Räte redlich mitgeholfen, die Teuerung ohne Not zu verschärfen, die Unzufriedenheit in weite Teile unserer Bevölkerung zu tragen und damit der Streikbewegung unbewußt Vorschub zu leisten.»

Doch noch am 21. Januar 1919 schrieb die Schweiz. Bundeskanzlei an den Freiwirtschaftsbund: «Es steht nicht einmal ganz einwandfrei fest, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Notenzirkulation als solche überhaupt aktiven Anteil an der allgemeinen Preisteigerung hat.» —

Im Jahre 1920 wurde eine Umfrage unter Bankfachleuten und Volkswirtschaftern veranstaltet, wie sie sich die Festigung des Preisstandes durch eine vernünftig geregelte Geldausgabe stellen würden. Von den angefragten Bankiers antwortete keiner. Von sieben Volkswirtschaftern sprachen sich fünf dagegen aus und zwei bedingt dafür. Eine Zusammenfassung der dort geäußerten Ansichten ergab eine Häufung

---

[30]) Argus, Zur Währungsfrage, Bern 1919.

von Widersprüchen. Eine umfangreiche Antwort, verfaßt von Silvio Gesell, wurde vom Redaktor der «Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», wo die Gutachten erschienen waren, durch einen Brief vom 17. November 1920 abgelehnt. Sie erschien dann 1921 unter dem oben angeführten Titel im Verlag des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, wo auch der Brief des Redaktors, Prof. Landmann in Basel veröffentlicht wurde.

«Die Währungsfrage ein Mysterium.»

Anläßlich der Beratung des Geschäftsberichtes im Nationalrat im Juni 1918 sprachen sich Bankpräsident Hirter und der Vorsteher des Finanzdepartements, Bundesrat Motta, über die Inflationsfrage in der Schweiz aus. Dabei bekannte Motta, daß für ihn «die Währungsfrage ein Mysterium» sei. Bankpräsident Hirter schob die Schuld an der schweizerischen Geldentwertung dem Auslande zu.

Infolge des steigenden Zinsfußes sanken die Nationalbankaktien stark im Kurse, da ihre Dividende auf 4% begrenzt war. Die «Neue Zürcher Zeitung» fand, daß die Würde der Schweiz dadurch gefährdet werde. So kam es zur Revision des Nationalbankgesetzes. Der Freiwirtschaftsbund reichte am 18. September 1918 einen Entwurf zu diesem Gesetze ein (abgedruckt in «Ordnung und Gesundung des schweizerischen Geldwesens», Seite 75 ff.). Die Eingabe wurde vom Bundesrat beantwortet, worauf eine sehr scharfe Replik des Freiwirtschaftsbundes folgte. Im Nationalrat vertrat bei den Beratungen Nationalrat Killer von Baden einen Zusatz zu der bekannten Umschreibung unserer Geldversorgung «nach den Bedürfnissen des Verkehrs», nämlich «mit Berücksichtigung des allgemeinen Preisstandes». In längeren Ausführungen begründete er seinen Antrag und wies die gegen ihn erhobenen Bedenken zurück. [31]) Nationalrat Dr. A. Meyer erwiderte darauf unter anderem: «Dieses System eines variablen

---

[31]) Amtl. stenogr. Bulletin der Bundesversammlung, 1921 Seite 25 ff.

Geldmessers im Gegensatz zu dem System des stabilen Geldmessers, das wir in der metallischen Währung haben, hätte, wenn man es auch universell anwenden würde, volkswirtschaftlich sehr große Bedenken. Es würde für die Entwicklung der Volkswirtschaft auf die Dauer wohl außerordentlichen Schaden bringen können. Man denke nur daran, daß man jetzt den beginnenden Preisabbau durch solche Regulierung des Notenwesens wettmachen wollte, daß also die Vorteile der Vermehrung der Kaufkraft, die durch den Preisabbau kommen wird und zum Wohle der Menschheit kommen wird, gestört oder, wenn es gelänge, nach der Freigeldtheorie zu verfahren, wettgemacht würden durch eine Geldausgabe, die die Preise auf der Höhe hält.» [32]) Eine weitere Begründung dieser Behauptungen fehlt. Anderseits sagt er aber doch, daß «neue Güter, die in den Verkehr und zum Verkauf kommen, das charakteristische Merkmal für das Bedürfnis der Volkswirtschaft sein sollen. Es sollen Güter sein, die verkaufsreif sind». Aus diesem Satz geht doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Forderung der Freiwirtschafter gerechtfertigt ist: Die Anpassung des Geldumlaufes an die Warenmenge. In welcher Weise sich übrigens damals der Preisabbau schon auswirkte, geht aus den Aeußerungen von Nationalrat Seiler (Liestal) hervor, der am folgenden Tage im Nationalrat erklärte: «Die Wirtschaftslage ist trostlos und die allgemeine Auffassung geht eigentlich dahin, daß Europa vor dem Ruin steht. Man ergibt sich in diese Zukunft mit einem gewissen Fatalismus ...» [33])

Das war die Folge des Preisabbaues, der sich, nach Nationalrat Dr. A. Meyer (heute Bundesrat), «zum Wohle der Menschheit» bereits bemerkbar gemacht hatte. Die Jahre 1926—1928 verkehrten mit ihrer Geldvermehrung dieses Bild in sein Gegenteil — bis die neue Geldverknappung von 1929 an wieder eine neue Krise und neue Verzweiflung brachte.

---

[32]) A. a. O., S. 27..

[33]) A. a. O., S. 100.

Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise, die Folge der Deflation.

Parallel mit dem Kampf gegen die Inflation ging auch immer die Warnung gegen die folgende Deflation, die die Wirtschaftskrise bingen würde. Es war ein sehr schwieriges Unterfangen, denn die hohen Preise veranlaßten die Leute immer wieder, den Preisabbau zu verlangen. Im Jahre 1919 richteten eine Anzahl führender Volkswirtschafter und Politiker ein Memorandum an die Staaten; in der Schweiz wurde es u. a. auch unterzeichnet von den Herren R. de Haller, Bankpräsident Hirter, Bauernsekretär Dr. Laur und alt-Gewerbevereinspräsident Dr. Tschumi. Es wurde darin die Einstellung der Inflation verlangt. Ferner aber sollte, so hieß es, «eine rückgängige Bewegung» eingeleitet werden. Die «Freistatt» Nr. 2 vom 31. Januar 1920 schrieb darauf: «Wie kommt Herr Laur, der Vertrauensmann der Schweizerbauern, dazu, eine für die Bauern im allgemeinen schädliche und für die neuen Pächter und Schuldenbauern geradezu gefährliche Währungspolitik vorzuschlagen, nämlich die rückgängige Bewegung der Preise? Mit seiner Unterschrift hat Herr Dr. Laur seine Zustimmung zur Auswucherung der Schweizer Pächter und Schuldenbauern gegeben. Wenn die sinkenden Preise kommen sollten, so mögen sich die verganteten Pächter und Schuldenbauern bei ihrem Führer bedanken.»

Anläßlich des Kongresses für Handel und Industrie im Januar 1920 sprach auch Herr Bankpräsident Hirter. Laut Nr. 47 des «Bund» vom 2. Februar 1920 sagte er, es sei richtig, daß die große schweizerische Notenzirkulation eine Zeitlang zu Bedenken Anlaß gegeben habe. «Das kam daher, daß die Geldbedürfnisse des Bundes und des Landes mit Reskriptionen gedeckt wurden.»

Diese Einsicht war somit endlich vorhanden und durchgedrungen. Aber nun versteiften sich die gleichen Leute darauf, den begangenen Fehler durch eine Deflation wieder gutmachen zu wollen. Die in den

Jahren 1914—1920 gemachten Schulden in entwertetem Gelde sollten also zurückbezahlt werden in einem Gelde, dessen Kaufkraft bedeutend höher war.

In einer Petition vom Februar 1919, in einer weitern vom Februar 1921, die nun schon von 3000 Leuten unterzeichnet wurde, versuchte man die maßgebenden Behörden von dieser unglückseligen Idee loszubringen.[34]) Aber es war vergeblich.

Nach Jahren hielt Profesor Jèze von der Sorbonne in Basel einen Vortrag in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Darin verglich er sehr treffend die Regierungen, die eine begangene Inflation durch eine nachfolgende Deflation wieder gutmachen wollten, mit einem Autofahrer, der einen Fußgänger überfahren hat und sich sagen würde, wenn er jetzt wieder langsam über den Toten zurückfahre, sei er wieder gesund.

Das Bild ist gut. Schade, daß er es nicht schon 1919 in Basel brauchte, als der Freiwirtschaftsbund allein gegen die Deflationssucht der Nationalbank stand, oder besser noch 1915, als Dr. Th. Christen und Silvio Gesell überhaupt noch allein der ganzen Welt der Politiker, Bankiers und Parteiführer gegenüberstanden!

Die eidgenössische Währungskonferenz von 1923.

Um die Vorschläge des Schweizerischen Freiwirtschaftsbundes zu prüfen und Richtlinien für die künftige schweizerische Währungspolitik aufzustellen, wurde im Februar 1923 eine Kommission in Bern zusammenberufen, der auch zwei Freiwirtschafter angehröten. Das Protokoll dieser Konferenz wurde unter dem Titel «Wie steht es um den Schweizerfranken» mit Anmerkungen des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes herausgegeben. Dr. Kellenberger als Vorsitzender ließ über die verschiedenen Diskussionspunkte abstimmen und folgende Feststellungen beschließen:

---

[34]) Die bezüglichen Dokumente sind zusammengestellt in der Schrift: Fr. Schwarz: Die Mitschuld der Schweiz. Nationalbank an der Wirtschaftskrise (Bern, 1922).

1. «daß die Nationalbank unmittelbar vor Ausbruch der Krise ihre Notenausgabe nicht vermindert und die Krise also nicht verursacht hat;
2. «daß auch die andern Banken vor Ausbruch der Krise ihre Kredite nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt haben;
3. «daß eine weitere Herabsetzung des Diskontosatzes nicht imstande gewesen wäre, die Produktion wesentlich zu beleben;
4. «daß neben andern Faktoren die Geldmenge von Einfluß auf die Preise ist; und
5. «daß die Indexwährung praktisch undurchführbar ist.»

Den ersten Satz konnte man in jenem Zeitpunkte nicht nachprüfen, indem man weder den Grad der Noten-Thesaurierung, noch die Auswirkungen des Silbergeld-Rückzuges in der Schweiz kannte. In der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik» (Heft 14 vom Juli 1922) versuchte der Vorsitzende der Kommission, Dr. Kellenberger, diese These zu begründen. Sie wurde jedoch widerlegt durch H. Brodbeck, aus dessen Ausführungen in der gleichen Zeitschrift Nr. 10, Mai 1924, wir folgendes anführen:

«Hr. Dr. Kellenberger hat also die Tatsachen nicht richtig beleuchtet. So schauen die Versuche aus, die zur Stützung der alten Theorien unternommen werden: die Verteidiger derselben sehen sich gezwungen, einmal dies und das andere Mal das Gegenteil zu behaupten, damit die Rechnung einigermaßen stimmt. Der Versuch von Hrn. Dr. E. K., die Freigeldtheorie ad absurdum zu führen, mußte, wie alle bisher bekannten Versuche solcher Art, mißlingen, weil es sich hier nicht um die Lehren eines Theoretikers handelt, sondern um die Erfahrungen eines Praktikers.»

Brodbeck wies also nach, daß der erste jener 5 Punkte falsch ist, insofern, also die Geldmenge in der Schweiz tatsächlich vom 7. Oktober 1920 bis 7. April 1921 um 155 Millionen vermindert wurde.

Jene Petition hat die Billigung von Prof. Cassel erhalten, der auf der Durchreise nach der Genueser

Konferenz in Bern um seine Ansicht gefragt worden war. Das Ergebnis dieser Unterredung ist in der «Freistatt» [35]) festgehalten worden und wurde auch in seinem Buch «Das Geldwesen seit 1914» [36]) verwertet.

Der dritte Satz der Schlußfolgerungen jener Konferenz war im Verlauf der Verhandlungen von Bankdirektor Jaberg angezweifelt worden. Neben den «andern Faktoren» wurden die Warenmenge und die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes von Prof. Bachmann genannt. So war durch die Eidgenössische Währungskommission insofern eine gewisse Abklärung eingetreten, daß nun (durch Punkt 4) die Quantitätstheorie des Geldes anerkannt worden war.

In der Aktionärversammlung der Schweizerischen Nationalbank.

Seit 1920 wurde fast jedes Jahr in der Aktionärversammlung der Schweiz. Nationalbank die Forderung nach der festen Kaufkraft des Geldes vertreten. Im Jahre 1920 erstmals wurde der Bankleitung die Frage vorgelegt: «Gedenkt die Nationalbankleitung die Diskontopolitik künftig auf Preisabbau oder Preissteigerung einzustellen, oder erachtet sie es für richtig, durch ihre Notenemission einen gleichbleibenden mittleren Preisstand zu erzielen?» [37]) Generaldirektor Burckhardt erwiderte: «Auf die Anfrage des Herrn Schwarz kann ich nur allgemein antworten. Sie wissen, daß seit Beginn der Tätigkeit der Nationalbank ihre Diskont- und daher ihre Notenpolitik dahin ging, sich auf einer mittleren Linie zu halten, um möglichst große Schwankungen zu vermeiden. Sie hat damit im Auge, den Diskontsatz sowohl als die Notenemission sich nicht ausdehnen zu lassen. Wenn der Krieg die Notenemission stark vergrößert hat, so ist daran nicht die Nationalbank schuld . . .; das will also heißen, daß wir, was an der Nationalbank liegt, im

---

[35]) 1922, Nr. 8.

[36]) Glöckner, Leipzig, 1925.

[37]) Die folgenden Zitate nach den Protokollen der Aktionärversammlungen; sie sind jedoch nicht veröffentlicht worden, wurden aber dem Verfasser zur Einsicht überlassen, für welches Entgegenkommen er auch hier dankt.

Landesinteresse daran arbeiten, daß die Notenemission nicht, wie es der Nationalbank zum Vorwurf gemacht wird, an der Preiserhöhung schuld sein soll». Im Jahr 1923 erklärte in einer solchen Auseinandersetzung Dr. L a u r : «Wenn sie die Preise stabilisiert hätte im Jahre 1918, so würde die schweizerische Landwirtschaft wahrscheinlich dem zugestimmt haben, wenn sie aber heute stabilisierte, so wäre das das Todesurteil für die schweizerische Landwirtschaft». Damals stand der Lebenskostenindex (1920 = 100) auf 73, der bäuerliche Index (1920 = 100) auf 66. Vier Jahre später standen die beiden Zahlen auf 71 und 61, und 1931 auf 67, bezw. 54.

Ein Antrag an der außerordentlichen Aktionärversammlung vom 20. Dezember 1924, dahingehend, den Zusatz aufzunehmen, den Nationalrat K i l l e r schon 1919 vorgeschlagen hatte, wurde abgelehnt.

Der Antrag lautete: «Die Schweizerische Nationalbank übernimmt das Recht zur Ausgabe von Banknoten ab 1927 nicht mehr ohne Vorbehalt in Bezug auf die Kaufkraft des Schweizer Frankens, wie dies bis zu diesem Zeitpunkt noch der Fall ist, sondern nur gegen die Verpflichtung, den Notenumlauf künftig so zu regeln, daß die Kaufkraft des Schweizer Frankens stets die gleiche bleibt. Als Maßstab seiner Kaufkraft gilt der schweizerische Großhandelsindex, wie er heute von Dr. Jakob Lorenz errechnet wird.»

In der «Neuen freien Presse» (Wien) führte am 29. März 1925 Sir J o s i a S t a m p , der frühere Generalgouverneur der Bank von England, den Antrag an und schrieb dazu: «Wir hätten diese Gelegenheit benützen sollen, einen neuen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu machen, . . . die meisten Finanzleute scheinen aber so erpicht darauf, zum Gold zurückzukehren, daß jeder Gedanke an irgendwelche Schwächen ihres Idols sie empört. Meine eigene Ansicht ist aber, daß die Erfahrungen mit dem Golde als Wertmesser während der letzten 100 Jahre und besonders in den 40 Jahren von 1874 bis 1914 es als den unver-

läßlichsten aller Regulatoren erwiesen.» Auf eine Anregung von Prof. H. Bernoulli wird seither in den «Monatsberichten der Nationalbank» auch der schweizerische Preisstand mit angeführt.

Im Jahre 1928 sprach sich Bankdirektor Prof. Bachmann ausführlich über die feste Währung aus. Seine Ausführungen wurden abgedruckt in der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» [38]) und in einer besonderen Eingabe ausführlich beantwortet. [39]) Eine Duplik auf die Antwort erfolgte nicht. Das Wesentlichste aus seinen Einwendungen ist später durch die Entwicklung als vollkommen falsch verwiesen worden. (Siehe «Freiwirtschaftliche Zeitung» 1929, Bericht über die Aktionärversammlung in Nr. 10.)

«Der Bundesrat zur Freigeldfrage.»

Unter diesem Titel erschien in den «Wirtschaftsberichten des Schweizerischen Handelsamtsblattes» vom 6. Juni 1925 die Antwort des Bundesrates auf eine Eingabe des Schweizerischen Grütlivereins, worin der Bundesrat gebeten wurde, zur Stabilisierung des Geldwertes überzugehen. Darauf erwiderte der Bundesrat unter anderem:

«Das Ziel jeder ernsthaften Währungspolitik ist seit mehr als einem Jahrhundert die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, der inländischen, wie der ausländischen gewesen ... Bei Kriegsausbruch wurde die Goldwährung fast in allen Ländern zugunsten der Papierwährung aufgegeben. Zu wenig vertraut mit der Handhabung der Papierwährung, wurden allenthalben bedenkliche und verhängnisvolle Fehler begangen. Die Folge für die innere und äußere Kaufkraft der verschiedenen Währungen sind bekannt ... Die Frage ist heute durchaus berechtigt, ob es sich empfiehlt, zur Goldwährung zurückzukehren, oder auf anderem Wege zu versuchen, die in- und ausländische Kaufkraft des Geldes zu festigen.

[38]) Nr. 11, 12, 13 und 14, 1928.
[39]) Nr. 33, 1928.

«Seit Mitte 1921 erfreut sich das inländische Preisniveau in den Vereinigten Staaten, gemessen am Kleinhandelsindex, einer Stabilität, die sonst nirgends zu finden ist. Diese Festigkeit ist keine zufällige, sondern eine bewußte, vom Federal Reserve Board beabsichtigte. Indem wir nun, zumal seit 1923, darauf ausgingen, den Frankenkurs auf die Parität mit dem Dollar zu bringen, wollten wir an dieser Preisstabilität teilnehmen, überzeugt, daß die Vereinigten Staaten die Stabilisierungspolitik fortsetzen würden. Bis Mitte 1924, also volle drei Jahre, hat die Festigkeit der Kleinhandelsindexziffer angehalten. In jüngster Zeit ist sie, im Zusammenhang mit der dortigen größeren Geldflüssigkeit, ein klein wenig gestiegen. Indem wir seit einiger Zeit die Goldparität festhalten, beginnt jene Geldflüssigkeit sich bereits auch in der Schweiz geltend zu machen. Sollte in der Folge die Aufwärtsbewegung der Preise in der Schweiz weitere Fortschritte machen, und die Bevölkerung stark beunruhigen, so müßte die Frage neuerdings überlegt werden, ob wir nicht auf die Stabilisierung des Dollars zugunsten des innern Preisstandes verzichten sollten.»

Mit den einleitenden Sätzen hat der Bundesrat nachträglich die Bedenken von Silvio Gesell aus dem Jahre 1901 als vollständig berechtigt anerkannt. Mit seinen Schlußsätzen bestätigt er auch die Richtigkeit der freiwirtschaftlichen Ansichten, daß die Indexwährung sowohl möglich als auch wünschbar sei und stellt sich damit in Gegensatz zu der Nationalbank. Auf die Seite der Freiwirtschafter stellte sich dann auch Professor Charles Gide in einer Auseinandersetzung innerhalb des Verbandes schweizer. Konsumvereine.[40])

Besonders wertvolle Belege für die Richtigkeit der freiwirtschaftlichen Auffassung brachten die Untersuchungen von Prof. Irving Fisher, der das Er-

[40]) Sein Gutachten ist abgedruckt in der Schrift «Moral in der Geldversorgung der Volkswirtschaft», Bern 1925. Der Schlußsatz bezeichnet es als «Ehrenpflicht der Konsumvereine», für die feste Kaufkraft des Geldes einzustehen.

gebnis seiner Forschungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit vor der 19. Jahresversammlung der amerikanischen Vereinigung für Arbeiterschutz-Gesetzgebung mit den Worten zusammenfaßte: «Ich glaube ganz bestimmt, daß wir die Frage der Arbeitslosigkeit zum größten Teil lösen würden, wenn wir die Kaufkraft des Geldes festigten.» Dr. Royal Meeker, der Staatssekretär für Arbeiterstatistik, erklärte in der Diskussion: «Ich gestehe mit Prof. Fisher, daß die Festigung der Kaufkraft des Geldes den weitaus wichtigsten Einfluß auf die Sicherung unserer Erwerbstätigkeit ausübt». Prof. Fisher kam zum Ergebnis, daß von 20 Arbeitslosen 19 ihre Stellen infolge der allgemeinen Geldwertschwankungen verloren, und nur ungefähr jeder 20. durch verfehlte Berufswahl usw.

Auch das Internationale Arbeitsamt war schon 1923 zu den gleichen Ergebnissen gekommen. Ende des Jahres 1929 erschien von ihm in deutscher Sprache das Werk: «Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung 1920 bis 1928». Gestützt auf ein umfangreiches Zahlenmaterial kommt das Amt zum Schlusse, daß die Schwankungen der Kaufkraft des Geldes unbestreitbar einer der Gründe für die Arbeitslosigkeit seien. «Wenn es möglich wäre, die Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus abzuschwächen, so würde damit eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit bedeutend vermindert.»

«Arbeiterklasse und Geldpolitik.»

(Ein Nachtrag.)

Unter diesem Titel verfaßte der deutsche Sozialdemokrat Hans Schumann 1930 ein Werk (Verlag Stritzke und Co., Altenburg in Th.), das berufen ist, richtunggebend für die Arbeiterparteien zu werden. Eine Schriftenreihe mit dem gleichen Titel schloß sich an dieses Buch an.

Schon vorher war auf dem Stockholmer Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgende Entschließung zustande gekommen:

«Zu erstreben ist die größtmögliche Stabilisierung der Kaufkraft des Goldes, ausgedrückt in Waren und Dienstleistungen, zur Sicherung der Stabilität der Preise und dadurch der Produktion und der Beschäftigungsmöglichkeiten.»

Diese Entschließung enthielt allerdings zwei grobe Fehler. Erstens kann die Kaufkraft des Goldes nicht stabilisiert werden, weil sich das Angebot weder willkürlich bestimmen noch sein Umlauf bei sinkendem Zinsfuß aufrechterhalten läßt. Und zweitens darf ein Index, der dazu dienen soll, die Stabilität der Preise aufrecht zu erhalten, niemals «Dienstleistungen», bezw. also Löhne enthalten. Denn unter der festen Kaufkraft des Geldes steigen die Löhne, und das müßte — wenn diese im Index aufgenommen würden — zu einer Verminderung des umlaufenden Geldes und damit zu einer Absatzstockung und Krise führen. Die Löhne müssen aber steigen können, ohne daß damit eine Geldverminderung zwangsläufig verbunden wird.

Im Januar 1931 wurde in Zürich eine weitere Resolution in dieser Frage angenommen, die diesen Erstlingsfehler vermied und festsellte:

«Die wirksame Kontrolle der Notenbanken erscheint als eine neue und wichtige Aufgabe», und in der auch die Aufgabe der Deflation verlangt wurde.

Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Leipzig wurde im Mai 1931 folgender Antrag gestellt:

«Der Parteiverein Schmölln fordert, daß die Parteileitung — im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm — den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die internationale Goldaufwertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpft.

Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von größter Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkte aus die Forde-

rung aufzustellen, daß die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeit das Preisniveau ohne Rücksicht auf die Wechselkurse zu stabilisieren haben.

Die Parteileitung wird beauftragt, für eine schnelle vorbehaltlose Klärung dieser Fragen Sorge zu tragen.»

Diesem Antrag schlossen sich der Parteitag von Altenburg, der Bezirkstag der SPD., Bezirk Pfalz, der Parteiverein Sylbach-Lippe und der Bezirk Barmbeck-Süd mit ähnlich lautenden Forderungen an.

In England trat der Vizepräsident der Labour-Partei, Stafford Cripp, am 6. März 1932 in einem öffentlichen Vortrag für das Freigeld ein.

Die Aufgabe des Schweizer Freiwirtschaftsbundes.

Die einzig förderliche Kritik des Geldwesens kann nur darin bestehen, die Einsicht in die Bedeutung der festen Kaufkraft des Geldes für das Wohlergehen aller Völker in die Oeffentlichkeit hinauszutragen. Wir haben uns seit 1915 bemüht, diese schwere Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen, wir sind den Irrtümern nachgegangen und haben sie bekämpft, wie haben die Zahlen und Tatsachen, die Folgen des schwankenden Geldwertes aufgezeigt und suchten überall die Ueberzeugung zu festigen, daß die Stabilität des Geldwertes, oder des Preisstandes, was auf dasselbe hinauskommt, eine Lösung der meisten wirtschaftlichen Schwierigkeiten bringen würde. Unsere Kritik des Geldwesens war nie negativ, sondern nur positiv. In diesem Sinne werden wir auch weiterhin arbeiten, in der Ueberzeugung, daß hier heute der einzig gangbare Weg zu besseren wirtschaftlichen Zuständen liegt.

Die Brakteaten, das zweckmäßige Geld des Mittelalters.

Ums Jahr 750 vor Christus begannen die Griechen auf der Insel Mykene, die Metallstückchen, die als Geld von den Kaufleuten einander zugewogen wurden, mit einem Stempel zu versehen, der ihr Gewicht angab: damit war die Münze erfunden: «eine Erfindung, die von unermeßlicher Wichtigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung geworden ist», schreibt Beloch in seiner «Griechischen Geschichte».

Dieses gemünzte Geld, das anstelle des gewogenen Geldes trat, war damit trotzdem noch reines Gewichtsgeld: man gab sich gegenseitig ein bestimmtes Gewicht Metall. Dieses konnte man beliebig lange behalten, konnte es aufspeichern und seinen Reichtum im Kasten behalten, ohne irgend einen Schaden erwarten zu müssen. So konnten große Schätze von Münzmetall aufgespeichert werden, während die Arbeitenden aller Stände und Berufe vergeblich auf das Tauschmittel warteten, das damit versteckt worden war, weil es gleichzeitig auch als Schatzmittel dienen konnte und mußte.

Der Mangel an Tauschmitteln ging nur zurück, wenn neue Funde an Münzmetall gemacht wurden; da strömte neues Geld in den Verkehr und es wurde Nachfrage nach Waren und damit auch nach Arbeitskräften gehalten. Jede solche Geldvermehrung belebte die Volkswirtschaft, und Professor Sombart schreibt denn auch, es sei ihm keine Periode wirtschaftlicher Blüte bekannt, die nicht durch eine Vermehrung des Geldumlaufes eingeleitet worden wäre.

Erst im 12. Jahrhundert nach Christi trat hier für etwa 200 Jahre eine grundsätzliche Aenderung ein: «die Kapitalsbildung, insofern das Kapital aus Münzgeld bestand», [1]) wurde verunmöglicht, indem das Geld einzig als Tauschmittel und

---

[1]) L. v. Ebengreuth, Allg. Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters, 1926.

nicht gleichzeitig auch als Schatzmittel verwendbar war.

Wie ging das zu? — Das Geld der damaligen Zeit war nicht so dick und fest wie das heutige. Man nannte daher diese Münzen «Dünnpfennige», im Gegensatz zu den heutigen, die bei ihrer Einführung als «Dickpfennige» bezeichnet wurden. Auch der lateinische Name «Brakteaten» deutet auf die geringe Dicke der Münzen: «dünnes Blech». Tatsächlich sind die Brakteaten äußerst leicht und daher brüchig, ja sie wurden sogar gelegentlich so geprägt, daß sie leicht zerbrochen werden konnten: durch einfache Teilung machte man aus einem Pfennig Kleingeld, wenn man solches brauchte.

«Die Brakteaten waren die einzige Geldsorte, die vom 12. bis 15. Jahrhundert bei uns Geltung hatte», schreibt Corragioni.[2])

Aber auch in Italien, Deutschland, Oesterreich, Polen, den nordischen Ländern, in den Niederlanden, in England, Frankreich und Spanien hatte man diese dünnen Münzen. Sie waren 1150—1350 das Geld Europas und man findet bei Münzfunden stets Münzen aus den verschiedenen Ländern — ein Zeichen des damals paneuropäischen Handels.

Das Entscheidende an diesen Münzen war, daß sie beim Tode des Landesfürsten durch neue ersetzt wurden, wobei dem Ueberbringer des alten Geldes ein Abzug für die Neuprägung gemacht wurde, Schlagschatz genannt. Dieser Abzug bewegte sich um 20—25 Prozent herum. Da man ja nie wußte, wann der Landesfürst sterben konnte, da auch oft willkürlich eine «Münzverrufung» durchgeführt wurde, so lebte der Inhaber von Brakteaten in der gleichen Ungewißheit über das Schicksal seines Geldes wie der Inhaber der Ware, der auch nie weiß, wann der Wettbewerb, eine gute neue Ernte, Feuer, Wasser, Mode usw. seine Warenbestände entwertet. «Während der zweiunddreißigjährigen Regierungszeit Bernhards aus dem Hause der Askanier wurden gegen hundert verschiedene Ausprägungen von Brak-

[2]) «Münzgeschichte der Schweiz», Genf 1896.

teaten vorgenommen; die Münze wurde also durchschnittlich in jedem Jahre dreimal verändert». [3])

Im «Sachsenspiegel» und im «Schwabenspiegel», diesen Rechtsbüchern des frühen Mittelalters, war vorgesehen, daß eine Aenderung der Münzen vorgenommen werde, «wenn neue Herren kommen». Aber in Polen ging man so weit, daß man viermal im Jahre die «revocationes», «innovationes» oder «mutationes» durchführte, wie diese Münzauswechslung etwa genannt wurde. Kulischer [4]) berichtet auch von Verordnungen, die «ad tria fora» — zu jeder Messe — neues Geld vorsahen.

Johann II. hat in den Jahren 1350 bis 1368 im ganzen 86 mal die Münzen geändert, und in 150 Jahren gab es ebensoviele verschiedene Wienerpfennige.

Das Geldhamstern war damit einer Strafe unterworfen. Wer Geld zurückhielt, wurde mit einer harten Steuer belegt und verlor nach einem Jahr sein Vermögen. Dabei blieben aber geschriebene Beträge die gleichen. Wer einem anderen 100 Pfund borgte, wer eine Rechnung auf eine bestimmte Summe ausgestellt hatte, der erhielt diese vereinbarte Summe im Gelde, wie man es an jenem Tage bewertete, an dem der Betrag bezahlt wurde. Dabei stellte sich aber in der Regel bald eine gewisse Gesetzmäßigkeit heraus: «Durch die jährlich sich wiederholende Verrufung erlitten die neu ausgegeben Pfennige vom Tage ihrer ersten Ausgabe an schon durch den bloßen Ablauf eine Entwertung, die sich verhältnismäßig über das ganze Jahr verteilte und schließlich jene 25 Prozent erreichte, um welche der Einlösungspreis der alten Pfennige unter dem Nennwert der neuen stand. Wurden z. B. in der Mark Brandenburg seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts zu Jakobi für 16 alter Pfennige 12 neue ausgegeben, so war deren Wert um Michaelis, also nach einem Vierteljahr, auch zu einem Viertel der zu Jakobi künftigen Jahres zu erwartenden Einbuße gesunken, d. h. nun waren erst 13 Pfen-

---

[3]) Kulischer: Allg. Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der neuen Zeit. München 1928.

[4]) Kulischer, a. a. O.

nige im Handel so viel wert wie ein Schilling zu Beginn des Münzjahres usw., und damit erhöhten sich, sofern die übrigen Verhältnisse gleich blieben, die Preise der Waren.»[5]) Während noch zu Karls des Großen Zeit Rechnungsgeld und Zahlgeld ein- und dasselbe gewesen war, änderte sich dies nach der Einführung der Brakteaten. Je nachdem die Umwechslungssteuer groß oder klein war, wurden die Münzen bei der Zahlung gering oder höher bewertet. So verteilte sich die Strafe auf das Hamstern auf die verschiedenen Benutzer und zeitweiligen Inhaber des Geldes.

Damit freute sich jeder Geldinhaber, wenn er einen Betrag losgeworden war, sei es durch einen Kauf, sei es als Leihe an einen sicheren Schuldner, denn er war damit der Geldsteuer entronnen, und der andere mochte dafür sorgen, daß er das ihm anvertraute Geld schnell in Geschäfte stecken und da einen Verdienst herausholen konnte.

Die Geschichtsschreiber wissen mit diesem Geldsystem nichts anzufangen. Sie beklagen die Verrufungen des Geldes. Anderseits aber kommen sie doch nicht darum herum, jener Zeit und ihren kulturellen Leistungen das höchste Lob zu spenden. Wenn Europa heute plötzlich aussterben würde und nach Jahrhunderten fremde Forscher hieher kämen, was würde sie mit der größten Ehrfurcht erfüllen? Es wären die Dombauten von Köln, Burgos, Straßburg, Bamberg, Chartres, Paris, Wells, Salisbury usw. usw. Diese Bauten sind Zeugnisse einer Glanzzeit, die sie spielend zustandebrachte. Wenn sich heute einige Menschen zusammenschließen, so ist es, um vom Staate einen Zuschuß zu erhalten: damals haben die Vereinigungen der Gesellen von sich aus bei den Dombauten ganze Türmchen, Fenster oder Altarbilder gestiftet.

Wie kam das? — Um die Leistungen jener Zeit zu verstehen, muß man zweierlei wissen: erstens, daß das Geld umlaufen muß, wenn man Arbeitsleistungen absetzen will, und zweitens, daß nichts den

---

[5]) Ebengreuth, a. a. O.

Umlauf des Geldes so hemmt wie dessen Aufbewahrbarkeit ohne Schaden. Dabei darf man ein Drittes nicht außer Acht lassen: wenn das Geld ohne Unkosten zurückbehalten werden kann, was bei den Waren nie der Fall ist, so wird dadurch die Arbeit doppelt gehemmt: einmal findet sie nicht ungehemmten, störungslosen Absatz, es gibt Absatzstockungen, Wirtschaftskrisen und damit Arbeitslosigkeit. Sodann verarmt damit das arbeitende Volk, die Geldbesitzer können für das Dauergeld Zins verlangen, und die Unternehmer und Handwerker können nichts erstellen, ohne dem Gelde den Zins zu versprechen. Dieser Zins aber bildet eine Belastung der Arbeitenden und nimmt heute in den «Kultur»ländern den Arbeitenden aller Stände und Berufe schätzungsweise die Hälfte des Arbeitsertrages weg, mit andern Worten, die Hälfte aller Preise besteht durchschnittlich aus Zinsen. Nach der Beseitigung des Zinses aus der Wirtschaft könnten also entweder alle Arbeitseinkommen verdoppelt oder alle Preise um die Hälfte herabgesetzt werden. Die Einbuße würden jene Zinsbezüger zu tragen haben, die heute täglich Millionen ohne Arbeit anderen abnehmen, und den Nutzen hätte die Volksgesamtheit, die, von der Last der Zinsen befreit, jedem Einzelnen den Absatz seiner Arbeitserzeugnisse durch ein Geldsystem gewährleisten könnte, das sich der Warenerzeugung anpaßt und nicht die Warenerzeugung dem streikenden Gelde anzupassen sucht, was nur durch Absatzstockung und Arbeitslosigkeit zu erreichen ist.

In den Jahren 1150 bis 1350 hatte man dagegen ein anderes Geldsystem. Hier d i e n t e das Geld, es herrschte nicht über die Welt der Waren und der Arbeitenden; es war so verderblich wie die Waren und so hinfällig wie die Arbeitskraft des Menschen, die ebenfalls ständig vom Tod, der «Verrufung», bedroht wird. Geld und Ware wurden damals dem gleichen Gesetz unterworfen; das Geld hatte keine Ausnahmestellung mehr, besaß nicht, wie F r i e d r i c h E n g e l s schreibt, «eine Monopolstellung unter allen Waren»,[6])

[6]) Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 1884.

sondern war den andern Waren gleichgestellt worden, zum erstenmal in der Geschichte des Geldes.

Welches waren die Wirkungen dieser neuen Art Geld? Sie sind offensichtlich. Das Geld mußte umlaufen. Jeder gab es so schnell als möglich weiter. Damit wurde jedoch der Sparsinn nicht etwa abgetötet: man konnte das Geld auch ausleihen und erhielt dafür seinen Gutschein. Der Zinsfuß wurde gedrückt. Man sparte auch dadurch, daß man baute, seinen Erwerb in Besitz anlegte, an dem jedermann Freude und der Mitmensch Verdienst hatte.

«Die Folge dieser Einrichtung war, daß gar niemand ein Interesse hatte, das Geld zurückzuhalten, das er ja doch nur nach kurzer Zeit wieder mit Verlust auswechseln mußte, da nach der «Renovation» die alten Münzen außer Kurs gesetzt wurden. So suchte jeder beim Auswechslungstermin überhaupt im Besitz von möglichst wenig Geld zu sein, um nicht viel zu verlieren. Er kaufte also vorher noch alles, was er bedurfte, sparte nicht, die besten Kleider, die schönsten Möbelstücke, das wertvollste Geschirr. Die Kunst und das Kunsthandwerk erhielten mächtige Impulse und waren immer voll beschäftigt. Alles wurde bar bezahlt, niemand hatte Schulden. Ueberall wurde gebaut. Die Bauern trugen goldene Knöpfe in doppelter Reihe an Weste und Kittel. Silberne Schnallen hatte jeder Schuh. Zwischen Schloß- und Bauernstube war kaum mehr ein Unterschied.» [7])

So entstanden die Schmuckkästchen Dinkelsbühl, Nördlingen, die Städtekultur des frühen Mittelalters überhaupt, ja eine ganze Reihe von Städten sind damals überhaupt entstanden, so Berlin, Bern, Freiburg i. d. Schweiz, Riga, Kulm, Thorn, die Marienburg, «der stolzeste Burgbau Deutschlands». [8]) Die Besiedelung des Ostens, diese vielleicht glänzendste Tat in der deutschen Geschichte fand in jener Zeit statt.

«Die Zeit etwa vom Jahre 1150 bis zum Jahre 1450 ist eine Zeit außerordentlichen Aufschwungs,

---

[7]) J. B. Rusch in den «Republik. Blättern» 1931.

[8]) Maier-Schirmeyer: Lehrbuch der Geschichte. Frankfurt 1926.

eine Zeit der Blüte der Volkswirtschaft, wie wir sie uns heute kaum vorzustellen vermögen.» [9]) Das ist das «dunkle Mittelalter»! Und der Chronist von Dinkelsbühl schreibt am Ende seiner weitläufigen Forschung: «Ich glaube den Beweis erbracht zu haben, daß in diesem Gemeinwesen, sowie in den 60 andern deutschen Reichsstädten, in den 100 Städterepubliken des Renaissanceitaliens, in den 250 Städten Großgriechenlands einmal wenigstens ein Optimum (= Bestmögliches) der Menschheit erreicht worden war.» [10]) Und an anderer Stelle: «Ein wunderbarer Volksfrühling trieb damals Blüten, die der heutigen Zeit fast unbegreiflich scheinen.» [11])

Und wirklich — wenn man die Lage der damaligen Arbeitenden mit der Lebensart der heutigen vergleicht, so steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Damals erhielt ein gewöhnlicher Taglöhner auf dem Lande 6—8 Groschen Wochenlohn, und da in dieser Zeit ein Paar Schuhe 2 und ein Schaf 4 Groschen kostete, so entspricht jener Lohn einem Geldwert unserer Tage von ungefähr 80—100 Franken.

«Vielfach wurde von den Handwerksgesellen mit Erfolg auch noch die Freigabe des Montags, des sogenannten «blauen Montags» verlangt und erreicht. Sie beanspruchten den Tag, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten oder sich in den Waffen zu üben, oder aber auch, was bezeichnend ist für die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung, um genügend Zeit zum Baden zu haben. Da die Zahl der streng innegehaltenen Feiertage mindestens 90 betrug, so brauchten die Handwerksgesellen, wenn sie auch noch die Freiheit des Montags erkämpft hatten, in der Woche durchschnittlich nur vier Tage zu arbeiten, und auch an diesen vier Tagen war für geregelte Arbeitszeit gesorgt. Als im Jahre 1465 die Herzöge von Sachsen die Schicht der Bergwerksknappen von Freiberg i. S. von sechs auf acht Stun-

---

9) Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1905.

10) Francé, Der Weg der Kultur, Berlin 1920.

11) Francé, Chronik von Dinkelsbühl.

den erhöhen wollten, beschwerte sich die Knappschaft sehr energisch dagegen.

Der Lohn der Gesellen war ein außerordentlich hoher. So betrug z. B. der Taglohn der Maurer- und Zimmergesellen in Kloster-Neuburg in Niederösterreich im Sommer 20, im Winter 16 Denare. Das Pfund Ochsenfleisch kostete zu jener Zeit in Niederösterreich 2 Denare. In Meißen mußten jedem Maurergesellen wöchentlich 5 Groschen «Badegeld» verabreicht werden in einer Zeit, in der ein ganzer Scheffel Korn nur 6 Groschen 4 Pfennige kostete.»

Ueber die Beköstigung erzählt Johannes Butzbach in seinem Wanderbüchlein aus Böhmen: «Das gewöhnliche Volk hat selten bei der Mittags- oder Abendmahlzeit weniger als vier Gerichte. Zur Sommerszeit überdies noch morgens als Frühstück Klöße mit in Butter gebackenen Eiern und Käse; obendrein nehmen sie außer dem Mittagsmahl noch des Nachmittags als Vesperbrot, sowie zum Nachtessen, Käse und Brot mit Milch.»

«Die Landesordnung, welche die Herzöge Ernst und Albert von Sachsen im Jahre 1482 erließen, ist in Bezug auf die Lebenshaltung der damaligen Hand werksgesellen außerordentlich lehrreich. Es wird als Höchstlohn festgesetzt für «einen Handarbeiter mit Kost wöchentlich 9 neue Groschen, ohne Kost 16 Groschen. Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahle nur vier Essen, an einem Fleischtag eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen andern Tag, da man nicht Fleisch isset, eine Suppe, ein Essen, grüne und dürre Fische, zwei Zugemüse; so man fasten müsse, fünf Essen, eine Suppe, zweierlei Fisch und zwei Zugemüse und hierüber 18 Groschen, den gemeinen Werkleuten aber 14 Groschen wöchentlicher Lohn gegeben werden, so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiteten, so solle man dem «Pollierer» über 27 Groschen und dem gemeinen Maurer usw. über 23 Groschen nicht geben.»

«Auch die reichen Stiftungen aus den Kreisen der Arbeiter zeugen von der Höhe ihrer Lebenslage. So

haben in Danzig ums Jahr 1450 die Sack-, Kohlen- und Kornträger zum Bau der Marienkirche 200 Mark bar gegeben und außerdem ein gemaltes Kirchenfenster gestiftet.» (Damaschke, a. a. O.)

Und wie schildert Gustav Freytag in seinen «Bildern aus der deutschen Vergangenheit» das Leben der Bauern in jener Zeit! Wahrhaftig, man schämt sich immer wieder neu über den seither erfolgten Niedergang der Kultur. Welche Feinheit der Sitten und Gebräuche, welche Schönheit der Reigen und Lieder, welcher Geschmack in den Wohnungen und den Gotteshäusern!

Wir erleben heute das Aufkommen der Finkensteiner-Singbewegung: viele ihrer tiefsten und feinsten Weisen stammen aus jenen Jahrhunderten.

Woher aber, so fragt man, kam dieser Rückschlag, der zur Trennung der Kirche, zum Dreißigjährigen Kriege, zur französischen Revolution, zum Weltkriege und zum Jazz führte?

Woher kommt es, daß man damals so leben konnte, und heute neben den Maschinen, neben den Eisenbahnen und Flugzeugen Hunger leidet und unter der Flut der Geschmacklosigkeiten auf dem Gebiete aller Künste fast erstickt? Warum hat man im Mittelalter für Kirchen und Schulen Geld gehabt und heute nur noch für Bankgebäude?

«Das ganze Mittelalter hindurch führte die Bevölkerung einen erbitterten Kampf um den sogenannten denarius perpetus, die «ewige, keiner Veränderung im Lauf des Jahres unterliegende Münze». [12]) Man wollte ein Geld, das man auch als Schatzmittel und nicht «nur» als Tauschmittel verwenden konnte. Tatsächlich verwirklichte man auch dieses unvernünftige Begehren. In Augsburg und Freiburg konnten die Münzverrufungen einstweilen auf je vier Jahre hinausgeschoben werden. Dann folgte ein Bezirk nach dem andern. In England ersetzte man die Geldsteuer durch die Herdsteuer, wie man überhaupt jetzt an-

---

[12]) Ebengreuth, a. a. O.

stelle des Schlagschatzes für andere Staatseinnahmen sorgen mußte. Nun war damit «die Bildung von Geldkapital erleichtert, die früher durch die als Besteuerung alles Bargeldes wirkende Verrufung so gut wie ausgeschlossen war.» [13]) Aber mit der «Bildung von Geldkapital» verschwand das Tauschmittel in den Strümpfen, Matratzen und Kästen der Sparer — und dafür fehlte es auf den Arbeitsplätzen.

Die Geschichtsschreiber unsrer Zeit werden nicht müde, über die Verwerflichkeit der Geldverrufungen zu schreiben. Wie schon angedeutet, können sie sich aber das Aufblühen der Wirtschaft und die Verfeinerung der Kultur in jenen beiden Jahrhunderten nicht erklären. Ebenso stehen sie vor einem Rätsel, wenn sie bekanntgeben müssen, [14]) daß sich «alle Städte Oesterreichs» gegen die Ausgabe von «schweren Münzen» wandten und sie als eine Maßregel beklagten, die für Land und Leute «kein gemayner nucz nicht mug gesein, sunder ein ursach verderblicher Schäden mennichgeichs». Die Geschichtsschreiber können diese Stellungnahme nicht verstehen, weil sie auch nicht das Tauschmittel vom Schatzmittel zu trennen wissen, und glauben, beides müsse und könne im Gelde vereinigt werden. Aber man kann nicht das Geld hamstern und es gleichzeitig als Tauschmittel weitergeben.

Die Kirche hatte immer gegen den Zins gekämpft. Sie hat ihn als einen Vernichter des Volkswohlstandes, als Ausbeutung der Notlage anderer und als eine Schranke vor der Arbeit betrachtet, und mit Recht. Sie hat nicht anerkennen wollen — womit heute gewisse Leute die Tatsachen auf den Kopf stellen — daß ein Zins bezahlt werden dürfe, weil doch der Geldempfänger mit dem Gelde auch einen Gewinn mache und daher dem Geldgeber einen Teil seines Gewinnes abgeben solle — weil die Kirchenväter einsahen, daß die Dinge ganz anders verlaufen: daß nämlich der Geldnehmer, der Unternehmer, nur deswegen einen Zins zahlen kann, weil das Geld fort-

[13]) Ebengreuth, a. a. O. S. 274.
[14]) Ebengreuth, a. a. O. S. 276.

während streikt, sich dem Tausche entzieht und damit zuerst den Mangel schafft, den dann der Unternehmer zur Erlangung eines Zinses ausnützen kann. Kann das Geld nicht mehr streiken, ist es reines Tauschmittel und ebenso verderblich wie die Ware, so kann auch der Unternehmer keinen Zins aus seinen Unternehmungen herauswirtschaften und das Märchen vom «Produktivkredit», den das Mittelalter angeblich nicht gekannt habe, ist ausgeträumt. Die Kirche war drauf und dran, mit ihrer Forderung nach völliger Zinsfreiheit zu siegen. Wer ein anständiger Mensch war, lieh nicht mehr gegen Zinsen. Der Zinsfuß stand weit tiefer als später, weit tiefer auch als heute in Deutschland und Mitteleuropa überhaupt, sobald man die Bewegung des Preisstandes in Betracht zieht, die ja für die Bemessung des Zinsdruckes ausschlaggebend ist. (Bei einer Preissenkung von 10 Prozent jährlich ist ein Zins von 2 Prozenten gleichbedeutend einem Zinsdruck von 12 Prozent, und bei einer Preiserhöhung von 10 Prozent ist ein Zins von 12 Prozent gleich dem Zinsdruck von 2 Prozent.)

Mit der Wiedereinführung des Geldes, das verschatzt werden konnte, stieg auch der Zinsfuß, es stieg damit die Ausbeutung der Arbeitenden aller Stände und Berufe. Der «arme Konrad», der «Bundschuh», die Spaltung der Kirche selbst gehen sicher sehr stark auch auf diese wachsenden Lasten zurück. Die Leute verloren das Zutrauen zur Kirche, die das Zinsverbot nicht mehr aufrechterhalten konnte. Sie sahen, wie es ihnen immer schlechter ging, — die Niederlage der Bergknappen von Freiberg, die sich eine verlängerte Arbeitszeit gefallen lassen mußten, ist ein Beispiel für die wachsende Bedrängnis der Arbeitenden — siehe das oben angeführte Beispiel — und so mag dieses Schwinden des Zutrauens in die Kirche und ihre Macht über die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wenig zum Zwist innerhalb der christlichen Kirche beigetragen haben. Luther wie Zwingli haben sehr scharfe Worte gegen den Zins gebraucht, «wer Zins nimmt, darf sich nicht für einen Christen ausgeben», sagte Zwingli, und Luther:

«Wenn man die Welt itzt ansieht durch alle Städte, so ist es nichts anderes, denn ein großer, weiter Stall voll großer Diebe.» Sein Zeitgenosse, der Nationalökonom Sebastian Frank, meint: «Was für redlich Händel jetzt unter den Christen und christlichen Kaufleuten, Gesellschaften, Wucherern, Zinskäufern, Geldwechslern fürgehen, empfinden wir freilich allzumal wohl, auch das Kind in der Wiegen: das ist eitel Zinskauf, Fürkauf und das ganze Land mit unnützen Händel Gewaaren und Handthierungen zu jedermanns Nachteil erfüllet. Viel wundert, daß kein Geld im Lande ist, die anderen, so die Sach baß bedenken, haben für ein merklich Wunderzeichen, daß wir uns nähren, wie es doch Deutschland zu mög kommen bei soviel unnützen müßigen Geyern.»

So war allenthalben eine böse Stimmung.

Heute haben wir immer noch das Gewichtsgeld der Mykener und dazu das Papiergeld der Chinesen. Wir sind aber im Begriffe, wieder das gute, alte, gothische Geld, das reine Tauschmittel anstelle des griechisch-römischen Schatzmittels einzuführen.

Darüber handelte der erste Aufsatz dieser Schrift. Der folgende wird zeigen, was 1930 in Schwanenkirchen getan wurde — bis es Brüning in der IV. Notverordnung untersagte!

Das Wära-Wunder von Schwanenkirchen.

Die Wära-Insel im Bayrischen Wald.

«Schwundgeld» gegen die Goldwährung. — Reichsland ohne Reichsmark. — Arbeit, Brot und Kohlen durch Wära. — Ein Bergwerksbetrieb ohne Geld.

Wir bringen nachstehend eine Schilderung der ebenso merkwürdigen wie interessanten Verhältnisse, die sich auf dem Gebiet des Geldwesens in einem kleinen Bezirk des Bayrischen Waldes herausgebildet haben. Ohne in eine Erörterung der Währungstheorien eintreten zu wollen, scheint uns angesichts der herrschenden Wirtschaftsanarchie auch ein Kuriosum Anlaß genug, zum Nachdenken über ein Kernproblem unserer Zeit anzuregen.

In Regensburg erzählen sie einem folgendes: «Da unten am Bayrischen Wald, gleich hinter Deggendorf, sitzt ein Mann, der druckt sein eigenes Geld und hat sich davon schon eine Kohlengrube gekauft. Die ganze Gegend zahlt nur noch mit diesem Geld, das sie «Wära» nennen. Sie haben sich von der Reichsmark ganz unabhängig gemacht.»

Die Leute, die das erzählen, sitzen auf den Bierbänken, vor sich die Maß mit Regensburger Doppelstern-Bräu. So steht von vornherein fest, daß man sich nicht allzuwörtlich an das Vorgebrachte halten darf. Aber man wittert trotzdem: das Geschwätz hat einen wahren Kern. Und nachdem man von den Biertrinkern noch gehört hat, daß der Mann mit der privaten Notenpresse H e b e c k e r heißt und sein Geldparadies S c h w a n e n k i r c h e n, braucht man sich

---

In Nr. 71 der «B. Z. am Mittag», vom 25. März 1931, und in der «Süddeutschen Sonntagspost», Nr. 11 vom 15. März 1931 erschienen von C. Z. K l ö t z e l und Redaktor W e r n e r F r i e d m a n n zwei Aufsätze, von denen wir hier den erstgenannten vollständig wiedergeben, ohne in Druck und Aufmachung etwas zu ändern. Wir setzen Abschnitte von Friedmanns Aufsatz in Klötzels Arbeit ein, wo sie eine Ergänzung sein können; sie sind mit [F.] bezeichnet und lassen eine kurze Bemerkung von Domkaplan V i k t o r P f l u g e r folgen.

nur noch auf die Bahn zu setzen, um der Sache auf den Grund zu kommen.

Dreierlei ist bald festgestellt. Schwanenkirchen existiert, die Reichsbahn verabfolgt Fahrkarten dorthin. Die Kohlengrube existiert auch; bis zum Bahnhof führt die Förderbahn. Und wenn man der Seilbahn nachgeht, was jetzt bei der Schneeschmelze seine Schwierigkeiten hat, steht man auch bald vor Herrn Direktor Hebecker, dem Eigentümer der Grube, dem Herrn der «Wära».

Denn auch die «Wära» ist kein Märchen, Herr Hebecker zieht einen dieser Scheine aus der Brieftasche und ist so freundlich, ihn mir für eine Reichsmark zu verkaufen. Ich habe dann später mit dieser «Wära» ein entscheidendes Experiment gemacht. Ich habe in Hengersberg, einer Nachbarortschaft, versucht, damit mein Abendbrot zu bezahlen. Und siehe da, die Kellnerin wollte den Schein nehmen, ohne mit der Wimper zu zucken. Die «Wära» ist hier wirklich «Währung».

Soweit die Tatsachen.

F. Wo anders könnten sich diese seltsamen Geschehnisse abspielen als im Bayrischen Wald? Dort, wo die Reichsbahn ehrwürdig abgedienten Wagen noch ein mühevolles Gnadenbrot gibt, wo man in den Dorfwirtschaften nur Knackwürste kriegt, weil nichts anderes verlangt wird, wo es in hundert Ortschaften weder elektrisches Licht noch Wasserleitungen gibt, wo die kleinen Kinder täglich stundenweit in Holzpantoffeln zur armseligen Schule laufen, die nur einen Lehrer für sieben Klassen und hundert Schüler hat. In diesem Bayrischen Wald, in diesem deutschen Sibirien hat man das merkwürdige, aufsehenerregende Experiment gemacht, von dem wir heute berichten wollen.

Bergwerke sind stillgelegt, Steinbrüche liegen brach, Handwerker feiern, Bauern darben, Geschäftsleute warten vergeblich auf Kunden, Viehhändler schleppen ihre Tiere meilenweit durch den Schnee, quälen sich und das Vieh, das lange im Stall stand und das Gehen nicht gewöhnt ist, auf unbeschreib-

lichen Wegen vorwärts, ziehen unverrichteter Dinge wieder nach Hause. Was für ein Land! Immer wieder steht man erschüttert da, angesichts dieser furchtbaren Verhältnisse. Wie matt klingen alle Worte, wenn man es nicht selbst erlebt hat.

Das Bergwerk in Schwanenkirchen hat Braunkohlen gefördert. Nicht sehr gut in der Qualität, aber immerhin mit leidlichem Erfolg, solange es in Deutschland eine Kohlennot gab. Die Stadt Deggendorf hat es betrieben und die Arbeiter von Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach konnten leben. Und mit ihnen die Geschäftsleute, Handwerker und Wirte. Später übernahm eine Aktiengesellschaft das Werk; mit Direktoren und kompliziertem Verwaltungsapparat. Es konnte nicht lange dauern. 1927 wurde es wegen Unrentabilität stillgelegt. Bergbauingenieur Hebecker steigerte es ein, als es unter den Hammer kam; in der Hoffnung, es in kleinem Stil weiterführen zu können. Aber er fand niemanden, der ihm Geld gegeben hätte. Wer hätte auch Lust gehabt in diesem Landstrich ein Kapital zu investieren? So fährt seit Jahren kein Mann mehr in die Grube, das Wasser steht fünfzig Meter hoch im Schacht, die Förderanlage steht still, die Knappen marschieren auf steinigen Pfaden zum Wohlfahrtsamt und der Bergbauingenieur wohnt einsam neben seinem versoffenen Bergwerk. In den zwei Wirtschaften in Schwanenkirchen kann man an den Wänden Fliegen fangen. Nicht einmal Knackwürste werden mehr verlangt.

*

So war es bis zum Herbst 1930. Und heute? Ein Wunder muß geschehen sein. Just in dem Moment, als sich die große Krise über die Welt senkte, begann das Bergwerk wieder zu arbeiten. Pumpmaschinen saugen die Wassermassen herauf, Männer mit Gummianzügen fahren in den Schacht, der Förderturm, der abgebrannt war, ist neu erstanden, lustig rasseln die Körbe über die Förderanlage zum Bahnhof. Das Wohlfahrtsamt ist mit einem Schlage sechzig hoffnungslose Stammgäste los geworden. In den Wirt-

schaften sitzen wieder Gäste, die Metzger von Hengersberg verkaufen jeden Samstag ihre hundert Pfund Fleisch, die Zigarettenhändler hören mit Freude ihre Ladentüren klingeln, der Eisenwarenhändler hat plötzlich einen ungeahnten Umsatz, ja, sogar Anzüge und Schuhe werden gekauft. Der ganze Landstrich hat mit einem Schlage ein anderes Gesicht bekommen. Ein hoffnungsvolles, auflebendes Gesicht. Ich beschaue mir dieses Wunder von Schwanenkirchen. Ich frage: Was ist geschehen? Ein Millionär? Ein amerikanischer Geldgeber? Ach, die Menschen im Bayrischen Wald wissen ja kaum, was das ist. Aber ein Zauberer, ein seltsam geheimnisvoller Zauberer hat das verrostete Räderwerk der Wirtschaft wieder angekurbelt. Was ist geschehen?

Die Propaganda-Grube der Fysiokraten.

Die Erklärung lieferte in einem langen Gespräch Herr Hebecker; sie sei kurz zusammengefaßt wiedergegeben. «Diese Grube» — so berichtet ihr Besitzer — «liefert in kleinen Mengen eine ausgezeichnete Braunkohle. Wenn ein tüchtiger Mann sie mit einer Anzahl Arbeiter ausbeutet, so kann er damit sein Leben fristen und noch etwas für die alten Tage zurücklegen. Vor mir besaß die Grube aber eine Aktiengesellschaft mit Generaldirektoren, Direktoren und Aufsichtsräten, das hielt sie nicht aus, sie machte Pleite. Als sie versteigert wurde, erwarb ich sie, der ich Betriebsingenieur der A.-G. gewesen war, für 8000 Mark. Als ich die Summe gezahlt hatte, besaß ich eine Kohlengrube, die bestimmt ihre 200,000 Mark wert ist, aber ich hatte keinen Pfennig Betriebskapital. Und keine Bank, kein Kreditinstitut wollte mir welches geben. Bis ich mich an meine Freunde, die «Fysiokraten», wandte, die gaben mir 50,000 «Wära». Mit denen habe ich den Betrieb hier aufgezogen. Bis jetzt habe ich dreißig Arbeiter beschäftigt, von nächster Woche an werden es vierzig sein.»

Zwischenfrage: «Erstens: wer sind die Fysiokraten, zweitens: was ist die Wära?»

«Wir «Fysiokraten» sind eine Gesellschaft von

Menschen, die eine Reform des Geldwesens nach den Erkenntnissen des verstorbenen Gründers ihrer Organisation, Silvio Gesell, anstreben. Eines der Grundprinzipien dieser Reform ist es, daß das Geld der Zukunft nicht «wertbeständig» sein soll, sondern ein «Schwundgeld», das mit der Zeit gesetzmäßig an Wert verliert. Denn das Uebergewicht des Geldes über die Ware liegt darin begründet, daß jede Ware mit der Zeit an Wert verliert, Geld den seinen aber stets behält. Wir, die Fysiokraten, wollen, daß das Geld nichts sei als ein Tauschmittel, das keine andere «Deckung» hat, als das Vertrauen in den wertschaffenden Fleiß des Volkes oder der Gemeinschaft, die es benutzt. Und wir glauben, daß ein Geld, das sich ständig im Wert verringert, einen viel schnelleren Umlauf haben wird, d. h. viel mehr Werte schaffen hilft als das «wertbeständige», das zu Börsenspekulationen dient.

Um im eigenen Kreise einen Anfang zu machen und vor allen Dingen, um ein anschauliches Propagandamittel zu haben, schufen die «Fysiokraten» zum Gebrauch innerhalb ihrer eigenen Mitgliedschaft ein solches Tauschmittel. Einheit: die «Wära», gleich einer Reichsmark. Monatlicher Schwund: ein Prozent, der durch Nachkleben von Marken ausgeglichen werden muß. Auf den Scheinen steht, daß es keine Deckung und keine Einlösungspflicht gibt. Die «Wära» ist also kein Geld, Staatsanwalt und Reichsbank haben sich schon sehr intensiv, aber gänzlich negativ mit ihr beschäftigt.

Ich machte meinen Fysiokraten klar, daß sich hier eine wundervolle Propagandagelegenheit biete. Sie haben begriffen, gaben 50,000 Wära und — das Wunder begann.

F. Während in Berlin der Reichsfinanzminister von der Krise, vom Preisabbau, vom Sparen und von der Arbeitslosigkeit sprach, hat man sich in Schwanenkirche im Bayerischen Wald von der Geldnot unabhängig gemacht. Das klingt wie ein Märchen, wie eine lächerliche Phantasterei, denn wie will man auf dieser Welt das Geld abschaffen, das doch die

Vorbedingung ist für jeden Atemzug, den wir tun? Doch der Zauberer Hebecker hat es fertig gebracht.

Ein Phantom schafft Brot und Arbeit.

«Nun rief ich», so erzählt er, «die alten Arbeiter der Grube zusammen, die jahrelang arbeitslos gewesen waren, und sagte ihnen, wir könnten wieder anfangen. Geld hätte ich keines, aber etwas, was ebensogut sei, wenn sie nur dran glaubten, die Wära nämlich. Sie sahen sich die gelben Zettel an und meinten, auf ihren Glauben komme es dabei nicht so sehr an, sondern auf den des Bäckers, Schlächters, Schusters, Kaufmanns usw., der ihnen für Wära Ware geben solle. Ich errichtete eine Kantine, die von mitteldeutschen Firmen verproviantiert wurde, deren Besitzer zu den Fysiokraten gehören und die Wära in Zahlung nehmen. Nach wenigen Wochen kamen die Kaufleute und Gewerbetreibenden der Gegend zu mir und sagten, so ginge es nicht weiter, ich nähme ihnen das ganze Geschäft weg. Wie es denn mit der Wära wäre, und wie sie dabei zu ihrem Gelde kämen.

Ich machte ihnen klar, daß ein großer Teil der durch die Löhne meiner Arbeiter in Umlauf gebrachten Wära vom Bäcker zum Schlächter, von diesem zum Schneider, zum Schuster, zum Kaufmann, zum Schmied gehen, d. h. eben dauernd in Umlauf bleiben könnten, wie das Staatsgeld es ja auch tut. Sollten sich aber irgendwo größere Summen Wära ansammeln, so verpflichte sich die Gesellschaft der Fysiokraten in diesem Falle ausnahmsweise, sie gegen Reichsmark einzulösen.

Seitdem funktioniert unser neues Geldwesen hier großartig. Ich habe mit Wära die Grube wieder in Schwung gebracht, vierzig Arbeitern Beschäftigung gegeben, die «Wirtschaft», wenn auch nur im Umkreis von drei Dörfern, angekurbelt — und dem fysiokratischen System überzeugte Anhänger geworben. In Schwanenkirchen und Umgegend glaubt niemand mehr an die allein seligmachende Golddeckung.»

Geld schwindet — Absatz steigt.

Ich habe mich mit Kaufleuten unterhalten, die heute Wära in Zahlung nehmen. Ich habe sie gefragt,

wie sie sich mit dem «Schwund» dieses Geldes abfinden, der es monatlich um ein Prozent entwertet. Ich habe überall die gleiche Antwort bekommen: «Wir büßen mit Freuden monatlich ein Prozent ein, wenn wir nur den Lohn von vierzig Arbeitern als regelmäßige Einnahme buchen können. Wenn die Wära nicht wäre, läge die Grube still, die Leute wären arbeitslos, hätten weder Wära noch Reichsmark, könnten nichts kaufen. «Schwundgeld» ist jedenfalls besser als wertbeständiges, das man nicht kriegt.»

Hier ist es wohl an der Zeit, unseren Bericht abzubrechen. Es sei nur noch daran erinnert, daß die Einführung der Rentenmark für Deutschland in ganz ähnlicher Weise geschah, wie die der «Wära» in Schwanenkirchen: durch das Vertrauen, nicht in den Wert des Papierzettels, sondern in den Wert der Arbeit, die er repräsentierte.

Sicher werden alle Geldgelehrten wider das Schwanenkirchner Beispiel Sturm laufen, und gewiß werden sie «Recht haben». Aber die Grube des Herrn Hebecker fördert, und die europäische Wirtschaft dreht sich im Leerlauf. Und so gewiß man das ganz Kleine mit dem ganz Großen nicht vorbehaltlos vergleichen darf, so gewiß soll das Kleine Anlaß sein, über das Große nachzudenken.

Nun muß man aber fragen: Wie kommt ein Privatmann dazu, ein eigenes Geld herauszugeben, das sich gar nicht um die bestehende Währung kümmert? Gewiß — in der Inflation hat jede Stadt ihr Notgeld ausgegeben, das die Geschäftsleute angenommen haben. Aber das waren doch anormale Zustände, keineswegs vergleichbar mit den heutigen Verhältnissen. Es kann doch unmöglich gestattet sein, daß ein privater Unternehmer einfach sich Geld drucken läßt? ——? Ja, Wära, der seltsame gelbe Zettel, unterschrieben von einem Herrn Timm und drei andern unbekannten Personen, ist eben gar kein Geld. Denn sonst wäre das Vorgehen von Herrn Hebecker natürlich ungesetzlich. Wära ist nur ein Tauschmittel. Kann kein Geld sein, weil es die beiden

Hauptbedingungen des Geldes nicht erfüllt: Es hat nämlich keine Deckung und es besteht keine Einlösepflicht. Es ist ein Tauschmittel, herausgegeben von der Tauschhandelsgesellschaft «Wära», Sitz in Berlin. Genau betrachtet: Schwanenkirchen im Bayrischen Wald betreibt mit Hilfe dieser gelben Zettel Tauschhandel. Lebt dadurch — so paradox das klingt, plötzlich wirtschaftlich auf. Vorläufig!, muß man vorsichtigerweise dazu sagen.

*

Zahltag im Bergwerk Schwanenkirchen. In langer Reihe stehen die Männer mit den ewig rußigen Gesichtern. Bekommen gelbe Zettel, stecken sie ganz selbstverständlich in die Tasche. «Was machen Sie mit den Scheinen?» frage ich einen Knappen. «Die bleiben nicht lange liegen», sagt er. «Schwund muß ich keinen bezahlen. Das geht schnell weg. Erst zum Metzger, dann zum Lebensmittelgeschäft, dann zum Tabakhändler. Und einen Anzug muß ich mir kaufen. Der kostet 50 Wära. Heute bezahle ich die 1. Hälfte. Ich wollte, ich hätte recht viele Wära. Gäbe es die nicht, hätten wir jetzt keine Arbeit.» — «Haben Sie Schwierigkeiten, das Geld anzubringen?» — «Nein, jetzt gar nicht mehr. Es ist ja schon ganz selbstverständlich bei uns.» Und jeder steckt sorgfältig sein Päckchen gelber Scheine ein.

Bei den Geschäftsleuten in Hengersberg. Der Metzger sagt: «Erst gestern habe ich wieder für 75 Wära verkauft. Solche Einkäufe gab es früher gar nicht. Und der «Schwund» ist nicht so schlimm. Die Ware vermindert sich ja auch an Wert, wenn sie liegen bleibt. Dann ist der Schaden noch größer. Was ich mit dem Geld mache? Ich gebe es weiter. An den Eisenhändler, wenn ich etwas brauche, an den Bäcker oder sonst wohin. Man kann ja alles kaufen.» — Der Besitzer der großen Eisenwarenhandlung sagt: «Seit Wära eingeführt ist, habe ich mit diesem Geld schon einen Umsatz von 3000 Mark bezw. Wära gehabt. So einen Aufschwung hat das Geschäft seit Jahren nicht mehr erlebt. Ich möchte möglichst viel Wära einnehmen!» Aehnlich sprechen die übrigen Geschäftsleute.

Kein Zweifel — in diesem kleinen Kreis hat die Wära wahrhaftig ein Wunder gewirkt. Wenigstens für einige Zeit. Und man staunt über den Zauberer, den Bergwerksdirektor Hebecker.

Ein seltsames Experiment, die Wärainsel im Bayrischen Wald, die eine phantastische Theorie in bescheidenen Grenzen zur Wirklichkeit macht. Wie es weitergehen wird? Man muß es mit Vorsicht verfolgen. Wird der Reichsfinanzminister etwas unternehmen? Wird die Reichsbank einschreiten? Vorläufig bietet sich scheinbar keine Handhabe. Und die Leute, die so große Not gelitten haben, klammern sich nun voller Vertrauen an den Strohhalm «Wära» und sind froh, daß sie leben können, daß es bei ihnen keine Krise mehr gibt. Man muß also abwarten, wie der Finanzminister der Wärainsel, Bergwerksdirektor Hebecker, weiterarbeiten wird. [1])

Das Aufblühen dreier Dörfer durch ein neues Geld.

Unter diesem Titel berichtet Domkaplan Viktor Pfluger im «Morgen», dem katholischen Tagblatt der Schweiz, über Hebeckers Erfolg mit der Wära in Schwanenkirchen. Er schließt seinen Artikel wie folgt:

«So haben nun die drei Dörfer im Bayrischen Wald sich unabhängig gemacht von der Geldnot in Deutschland. Bei ihnen gibt es keine Krise mehr. Die Wära hat die Krise und Arbeitslosigkeit in Schwanenkirchen und Umgebung überwunden. Alle freuen sich der blühenden Wirtschaft, preisen das neue Geld und glauben nicht mehr an die alleinseligmachende Golddeckung.

«Und doch ist diese «Wära», wie sie im Bayrischen Wald eingeführt ist, nur ein Teil von jenem Geldwesen, das Silvio Gesell vorgeschlagen hat, das, wenn es von den Staaten allgemein nach dem Vorschlage dieses gewiegten Kaufmanns durchgeführt würde, alle Krisen mit einem Schlage beseitigen und die größtmögliche Blüte der Wirtschaft und einen allgemeinen Wohlstand für alle Arbeitenden sichern würde.»

[1]) Am 31. Oktober 1931 wurde die Wära, wie alles Notgeld, durch Brüning verboten.

Die Wära in Norderney.

Veranlaßt durch einen Artikel in der Erfurter «Freiwirtschaftlichen Zeitung» über die Bedeutung der Wära für Norden und Norderney (siehe Nr. 21, S. 4) wandten wir uns an Dr. Nordwall in Norden und haben folgenden Bericht erhalten. Einleitend sagt er, daß von einem Wunder und von einer Kriseninsel zu sprechen eine Uebertreibung sei, die mehr schade als nütze. Aber was er sonst berichtet, ist doch recht erstaunlich. Er schreibt: «Es ist richtig, daß hier die Wära fast restlos angenommen wird, besondern in Norden, z. B. nicht nur von den Krämern, sondern von allen Großisten. Die Commerz- und Privatbank, Ostfriesische Bank, Vereinsbank — alle nehmen die Wära an, die Banken sogar, ohne daß einer von uns vorher mit ihnen über die Sache gesprochen hätte. Also das Fundament wäre da, eine Kriseninsel zu schaffen, z. B. durch einen größern Wärakredit, etwa an die Stadt Norden oder ein industrielles Unternehmen. Uebrigens nehmen auch die sozialdemokratischen Konsumläden die Wära bei uns an. Interessant, wie die Wära schon gewirkt hat: jahrelange erbitterte Gegner des Freigeldes («Utopie») sagen jetzt: «Die Sache mit der Wära nützt auch nichts; könnte nur nützen, wenn viele Millionen davon umliefen und das werden die Kapitalisten verhüten. Freilich, wenn die Wära allgemeines, staatliches Geld wäre, dann ginge es ohne weiteres!» — Aber einen Einfluß auf die Krise haben wir hier noch nicht erzielt, das sind Märchen; dazu ist der Umlauf an Wära noch viel zu klein.»

(«Freiwirtschaftliche Zeitung», Bern.)

Prof. Dr. August Forel
über die freiwirtschaftl. Schriften

Ich empfehle auf das wärmste diese lehrreichen, billigen Broschüren jeder Person, die sich für die Wohlfahrt der Schweiz und aller deutsch sprechenden Länder interessiert. Sie behandeln einen Gegenstand, der heute brennend ist, und zwar in knapper, leicht verständlicher, klarer, beispielreicher Weise. Sie zeigen wie wir, heute mehr denn je, die blinden Sklaven einer wechselnden Geld-, Gold- und Banknotenwährung sind, die entschieden dauernd und fest überall stabilisiert werden muß, wenn wir endlich, und zwar ein jeder von uns, aufhören wollen als Spielbälle einiger internationaler Welttrusts zu dienen, die Milliarden aus der Geistes- und Körperarbeit von uns allen mühelos verdienen, ohne daß wir wissen oder ahnen wie und warum. Es ist wahrhaftig besser, einige Centimes, Pfennige oder Groschen zu opfern für das Lesen und Kapieren eines so wichtigen Gegenstandes, als für eine Zigarre, ein Glas Wein oder eine Kinovorstellung.

Dr. A. Forel,
vormals Professor in Zürich.

In «Le vrai socialisme de l'avenir» schreibt Prof. Dr. Forel:

«Und dann vor allem: «die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland-Freigeld», von Silvio Gesell!»

Freiwirtschaftliche Schriften:

(Erhältlich im Pestalozzi-Fellenberg-Haus Bern.)

Schriften von Silvio Gesell:

Die natürliche Wirtschaftsordnung (engl. 15.60) 8.20 und	6.25
Die Ursache der Ausbeutung und ihre Bekämpfung	—.50
Die Diktatur der Not	—.60
Der Abbau des Staates	—.40
Die Bewaffnung des Proletariats	—.20
(Acratillo) Der verblüffte Sozialdemokrat	—.80
Denkschrift zur internat. Valutafrage (auch französisch und englisch zum gleichen Preis)	—.60
Das Problem der Grundrente (eine Diskussion)	1.—
Die Stellung der Wissenschaft zur Freiwirtschaftslehre	—.80
Die Freiwirtschaft vor Gericht (mit einem Bilde Gesells)	1.50
Der abgebaute Staat	2.50

Schriften von Dr. Th. Christen:

Das Geldwesen ein dynamisches System	1.50
Freigeldfibel	—.60
Die politische Frauenfibel	—.30
Die Währungsfrage	1.50
Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens	1.50
Der Goldwahn eine nationale Gefahr	—.20
L'économie franche	—.70
Aus den Münchner Revolutionstagen	— 60
Die Schweiz in der Weltrevolution	—.30
Die Strategie der Bodenreform	—.20
Was der Arbeiter vom Gelde wissen muß	—.20
Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung	3.60

Arbeitsamt, Internationales: La Crise de Chômage Fr. 3.50. Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung Fr. 6.25. Zusammenfassung beider Schriften Fr. 1.—.

Argentarius: Briefe des Bankdirektorssohns an seinen Vater Fr. 2.50.

3

Barral: L'Etalon monétaire de la société des Nations Fr. —.60. L'apanage des mères Fr. —.60.

H. Bernoulli: Das Niggerbaby Fr. 2.—. Der Hirtenknabe Fr. 2.—. Der Zuchthäusler Fr. 2.—. Der Sparhafen Fr. 2.—. Der Goldschwindel Fr. 2.—. Der Schandfleck Fr. 2.—.

G. Blumenthal: Die Befreiung von der Geld- und Zinsherrschaft Fr. 1.80. Was ist der volle Arbeitsertrag? Fr. —.40. Individuum und Allgemeinheit Fr. —.50.

Ed. Burri: Christentum und Zins (2. vermehrte Auflage) Fr. 1.50. Evangelische Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsgestaltung Fr. —.10.

Dr. Dick: Der Mensch und sein Geld Fr. —.40. Die zwei Sozialismen Fr. 1.20. Das Valutaproblem und seine Lösung Fr. —.60. Was verteuert unsere Produktion und wie läßt sie sich verbilligen? Fr. —.20. Das Problem der Steigerung der Produktion Fr. —.30. Das Geldwesen und der Weg zum sozialen Staat Fr. —.30. Der Streik des Geldes, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit Fr. —.30.

Engert: Frieden und Freiheit Fr. —.80. Die Freiwirtschaft Fr. —.70.

Felden: Menschen von Morgen (Roman) Fr. 3.60.

Fisher, Gide und Ferrero: Moral in der Geldausgabe Fr. —.50.

Hanisch: Die sozialistische Utopie Fr. 1.—.

H. Hindermann: Die Gefährdung von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft durch die Politik der Notenbanken Fr. —.30.

A. v. Hoffmann, Regierungsrat: Die drei Grundpfeiler des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Fr. 1.60. Währung und Wirtschaft Fr. 2.25.

Hoffmann: Die Freiwirtschaft in der Westentasche Fr. —.20.

Keidel: Wenn ich Wirtschaftsdiktator wäre Fr. —.20.

K. Löw: Genossenschaft und feste Währung Fr. —.40.

P. Nagel: Geld und Boden brosch. Fr. 5.65, geb. Fr. 7.20.

H. Nidecker: Antroposophie, Dreigliederung und Freiwirtschaft Fr. 1.—.

W. Nöbe: 100 Einwendungen gegen die Freiwirtschaft Fr. 1.50.

Nölle: Der Fluch der Goldwährung Fr. —.20.

F. Pfister: Volkswirtschaftliches Rechenbuch mit Schlüssel Fr. 1.50.

V. Pfluger: Die drei großen F. Fr. 3.40.

Reichsbund Deutscher Technik: Absatzstockung und Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung Fr. 1.—.

K. Polenske: 10 Tage Rätefinanzminister Fr. 1.—. An Alle! die 10 Tage in München Fr. —.60.

F. Roth: Freiland-Freigeld als politisches Programm Fr. 2.—. Freisinn und Freiwirtschaft Fr. —.50.

Schmidt-Volker: Iva. Ein Valutaroman. Fr. 1.50.

Dr. E. Schneider: Erziehung zur Wahrhaftigkeit Fr. —.40.

Schünke: Kultur, Religion und Wirtschaftsleben Fr. 2.—.

H. Schumann: Arbeiterklasse und Geldpolitik Fr. 5.65.

F. Schwarz: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, in Leinen Fr. 6.20, brosch. Fr. 5.—. Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker (2. Band im Druck) ca. Fr. 5.—. Morgan der ungekrönte König der Welt (IV. Auflage) Fr. 1.25. Der große Irrtum der Sozialdemokratie Fr. —.80. Grimm oder Gesell? Fr. —.30. 100 Einwände und Bedenken gegen Freiland-Freigeld Fr. 1.50. Konjunkturprognose Fr. 1.25. Freiwirtschaft und Sozialismus Fr. —.30. Wie die Amerikaner reich wurden Fr. 1.25. Kampf der Wirtschaftskrise und der Absatzstockung Fr. —.25. Das Protokoll der eidg. Währungskommission Fr. 1.50.

Sickinger: Das Gesetz der Preisbildung Fr. —.20.

A. Spahr: Kampf dem Klassenkampf Fr. —.40.

Dr. M. Stahlberg: Die Wiedergeburt des Liberalismus Fr. 1.25.

B. Stanisic: Marx oder Gesell? Fr. —.40.

Eigentum: Meyer-Fischer Kiel

Lindenauerstr. 58

Mitgl.-Nr. 679.

ARBEIT FÜR ALLE

ist reichlich vorhanden sobald wir nur wollen!

Es ist falsch,

zu glauben, die Krise komme von

Ueberproduktion
Uebervölkerung
Rationalisierung

Die Dinge liegen viel einfacher:
Weil sich unsere Nationalbank nicht dazu verstehen will, den Geldumlauf der Produktion anzupassen, sind wir gezwungen, unsere Produktion nach dem zu schwachen Geldumlauf zu richten, und das bedeutet

Absatzstockung und Arbeitslosigkeit.

Wer aus dieser kläglichen Krisenwirtschaft heraus will, fordert von seiner Presse und seiner Partei Prüfung und Durchsetzung des freiwirtschaftlichen Postulats:

«Zur Behebung der Krise hat die Nationalbank mit allen Mitteln die Sicherung des Preisstandes gegen alle Schwankungen durchzuführen.»

Schweizer Freiwirtschaftsbund

Verlangen Sie orientierende Literatur durch die Geschäftsstelle: **Bern, Schwarztorstraße 76.**

Lesen Sie die **«Freiwirtschaftliche Zeitung».** Sie erscheint jeden Samstag und ist bei allen Kiosks erhältlich.

Buchdruckerei H. Gerber
Schwarzenburg